

Annoucen-
Annahme-Bureau:
3. Posten außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 16.)
bei G. J. Alrici & Co.
Breitestraße 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Gräg bei L. Streifand,
in Breslau bei Emil Habalt.

Pöfener Zeitung.
Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. J. Danke & Co. —
Ganserklein & Vogler, —
Rudolph Maffé.
In Berlin, Dresden, Oestrich
beim „Juwalidendank.“

Nr. 433.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posten 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an

Sonnabend, 24. Juni
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1876.

Das auswärtige Publikum erlauben wir uns darauf aufmerksam zu machen, daß nach einer Bestimmung des General-Post-Amtes die Erneuerung des Abonnements schon 2 Tage vor dem Beginn des neuen Quartals geschehen muß, um eine vollständige Lieferung aller Nummern sicher zu stellen. Bei verspäteter Bestellung werden die bereits erschienenen Nummern von der Post nur bei ausdrücklichem Verlangen und gegen besondere Portobergütung nachgeliefert.

Zur Auswanderungsfrage.

So traurige Früchte das verderbliche Kolonisationsystem in Bra-
silien auch schon getragen hat, läßt sich doch noch immer eine große
Anzahl unserer Landsleute, trotz aller Gegenanstrengungen der Re-
gierung und der gewissenhaften Presse, von bezahlten brasilianischen
Agenten zur Auswanderung verleiten, um jenseits des Meeres ent-
weder elend unterzugehen, oder einer degenerierten romanischen Rasse
als „Völkerdünger“ zu dienen. In letzter Zeit hat dies Werbesystem
sogar unter der polnischen Landbevölkerung West-
preußens und Galiziens Eingang gefunden, ein Beweis dafür, welche
gewissenlosen Vorspiegelungen von bezahlten Seelenverkäufern
angewandt werden müssen, wenn sie sogar den polnischen Bauern, der
so fest an seiner Scholle klebt, zur Auswanderung über das Meer be-
wegen konnten. Das traurige Loos, das diese Unglücklichen erwartet,
hat die amtliche „Gazeta Powska“ (Lemberger Zeitung)
bereits in beredten Farben geschildert. Uns liegt nun eine im Verlag
von M. Driesner in Berlin erschienene Broschüre von H. Schenke
vor, die sich „Mahnruf gegen die Auswanderung
nach Brasilien“ nennt und auf Thatsachen gestützt in na-
tionalökonomischer, klimatischer, ethnographischer und kulturhistorischer
Sinnlichkeit nachweist, daß in Brasilien die Bedingungen für eine günstige
Kolonisation absolut nicht vorhanden sind und alle Vorspiegelungen
der Agenten und der brasilianischen Koloniatoren auf dem raffiniert-
sten Seelenhandel beruhen.

Der ländliche Arbeiter, welcher auswandert, thut dies um Land
zum freien Besitz, hohen Lohn, eine sichere ausreichende Existenz und
eine sorgenfreie Zukunft für sich und seine Kinder zu erhalten. Das
Alles findet er in Brasilien nicht. Wir wollen vorerst von allen
andern Hindernissen absehen, die sich dem Einwanderer entgegenstellen
und diesen letzteren Punkt als den Cardinalpunkt ins Auge fassen.
Als die Negereinfuhr in Brasilien aufhörte, kamen die brasilianischen
Plantagenbesitzer auf den Einfall der Regierungskolonisation Kon-
trakte zu machen und weiße Sklaven aus Deutschland einzuführen.
Hieraus entstand das berühmte Barceria oder Halbpachtssystem,
welches unsern Landsmann drüben zum ewigen Schuldner und abhän-
gigen Sklaven des reichen Plantagenbesizers macht. Der Kolonist er-
hält von dem Besitzer ein Stück Land, von dessen Ertrag er die Hälfte
an den Grundherrn abgeben soll. Inzwischen aber ist er durch die
ihm vorgestreckten Ueberfahrtskosten, den anfänglichen Unterhalt und
die Betriebsauslagen derartig bei seinem Grundherrn in Schulden
gerathen, daß er bei den geringen Erträgen des Acker sein ganzes
Leben daran zu zahlen hat. Er bleibt nun für ewig an die Scholle
gebunden, er darf die Pflanzung nicht verlassen, denn er wird
durch Steckbriefe verfolgt und wie ein Leibeigener zurückgeschleppt.
Seine Schulden gehn selbst auf die Kinder über, ja er darf diese nicht
einmal ohne Erlaubniß des Grundherrn verheirathen. Kurz, diese
Kolonisations- und Kolonisationskomodie ist nichts als ein Ver-
kaufssystem mit dem wir etwa das Schuldnersystem des alten
Roms vergleichen können. Als Zeugniß führen wir hier die Warnung
eines gewissen deutschen Kolonisten Philipp Bernhard an, der sich in
der brasilianischen Zeitschrift „Germania“ folgendermaßen äußerte:

Alle Deutschen auf diesen Kolonien müssen in ewigem
Zwangsdiens hier bleiben, bis sie sterben. Wer dort drüben (in
Europa) arbeitet, ist doch wenigstens sein eigener Herr und seine Kin-
der sind doch nicht für die Schulden der Eltern haftbar wie hier.

Das sind die Herrlichkeiten, welche die Agenten unserm leicht-
gläubigen Landvolke versprechen!

Aber selbst auf den von der brasilianischen Regierung begründeten
oder subventionirten Kolonien erwartet den Auswanderer nicht viel
Besseres. Wenn er glücklich das gelbe Fieber überstanden hat, das
gewöhnlich die Hälfte der Einwanderer hinwegrafft, kann er Monate
lang in einem Hafen hungernd liegen bleiben, ehe er überhaupt „Land“
angewiesen erhält, das er des steinigten Bodens wegen meist nicht ein-
mal pflügen kann, sondern behaften muß und aus dem er jeden
Augenblick von einem reichen Plantagenbesitzer vertrieben werden
kann, denn Recht und Gesetz sind in Brasilien noch utopische Dinge
und die feile Justiz hat nur Gehör für den Reichen. Wir wollen
hier die Krankheiten, Gefahren und Willküren, denen er dort aus-
gesetzt ist, nicht namentlich aufzählen, aber das wollen wir hervorheben,
daß der protestantische Deutsche, trotz der „liberalen“ Regie-
rung Brasiliens von Seiten der intoleranten Bevölkerung und der
Jesuiten, die sich besonders in der südlichen Provinz St. Katharina
(in der die meisten deutschen Kolonien liegen) angefielt haben, zahl-
reiche Verfolgungen zu erdulden hat. Die Lobredner der Kolonisation
weisen auf die deutsche Kolonie Blumenau hin; indeß ist es eine
Thatsache, daß diese Ansiedelung trotz ihres 20jährigen Bestehens
und einer Bevölkerung von ca. 4000 Seelen nichts Nennenswerthes für
den Export produziert, weil ihr die Kommunikation fehlt. Ebenso be-
kannt ist, daß die Ansiedler wegen der vielfachen Mißstände die Kolonie
bereits zu verlassen anfangen. Wie groß aber ist die Anzahl unserer
Landsleute drüben, die ihr sämmtliches Hab und Gut verloren haben
und im Elend verkommen oder nur eine Gelegenheit suchen, um ganz
entlohnt nach Europa zurückzukehren!

Es ist Pflicht, vor Allem das Landvolk vor jenen materiell und
moralisch banterotten Sujets zu warnen, die ihres eigenen Verdien-
stes wegen Hunderte von Menschen zur Auswanderung überreden und

meist in's Elend schicken. Auch die polnischen Volksblätter
können sich hierin ein Verdienst erwerben, wenn sie, anstatt bloß zu
warnen, das Landvolk über die Zustände in Brasilien aufklären
wollten.

Der Deutsche hat keine suchbeladenen Konquistadoren in die Welt
geschickt, wie andere Nationen; mit Hacke, Pflug und Spaten ist er in
beiden Hemisphären thätig gewesen. Und diesen seinen Fleiß, seine
Kulturarbeit suchen nun Völkerverächter auszubenten, die innerlich for-
rupirt, am politischen Marasmus kranken und durch den deutschen
„Völkerdünger“ ihrem verkrochneten Organismus neues Leben ein-
zuspülen suchen. Es ist Zeit, daß diesem unwürdigen Streben nach
Kräften entgegen getreten wird. S.

Deutschland.

Berlin, 23. Juni.

Das Herrenhaus setzte in seiner heutigen Sitzung die
Berathung der Städteordnung bei § 15 fort und gelangte bis zu § 75.
An § 15, welcher von den Bedingungen des Gemeindebürgerrechts
handelt, knüpfte sich eine lange Diskussion. Die Kommission hat hier
bekanntlich die Forderung wiederhergestellt, daß der Betreffende mit
dem Stufensatz von mindestens 6 Mark zur klassifizirten Einkommen-
steuer oder zur Klassensteuer veranlagt sein muß, und hinzugefügt,
daß da, wo der Besitz des Bürgerrechts bisher von der Veranlagung
zu einem höheren Klassensteuersatz abhängig war, derselbe mit-
telst ortstatutarischer Bestimmung bis zum Betrage von 12 Mark
beibehalten werden kann. In die Debatte wurde zugleich die Frage:
ob gleiches Wahlrecht oder Dreiklassensystem? verflochten.
Seltamerweise wurde der Meinungsaustrausch fast ausschließlich
zwischen den bürgermeisterlichen Elementen des Hauses geführt; nur
der Minister des Innern und v. Kleist-Regow nahmen ebenfalls Theil.
Die Ansichten gingen weit auseinander. Das gleiche Wahlrecht wurde
im Prinzip verfochten von den Herren Beder-Dortmund, Brünning,
Göblin, Rasch, v. Haben, Altmann, dagegen traten außer dem Re-
ferenten namentlich die Rheinländer Dieze (Eberfeld) und Bredt
(Barmen), sowie v. Forckenberg für das Dreiklassensystem ein. Die
Letzteren gingen aber wiederum in der Frage: ob Dreiklassensystem
mit oder ohne Zensus? erheblich auseinander. Herr v. Kleist erreichte
schließlich wenigstens, daß die Erhöhung des Zensus bis auf 12 Mark
in allen Städten zulässig sein soll. Mit dieser Verschärfung wurde
schließlich der Antrag der Kommission in namentlicher Abstimmung
mit 69 gegen 15 Stimmen angenommen. Ueber die weitere Berathung
ist nicht viel zu sagen. Die Vorschläge der Kommission fanden überall
die Zustimmung des Hauses. Eine abermals sehr weitwichtige
Debatte veranlaßte schließlich der § 75, welcher von den gemeinschaft-
lichen Sitzungen von Magistrat und Stadtverordneten handelt.
Diese Debatte mußte jedoch wegen vorgerückter Zeit abgebrochen
werden. — Im Abgeordnetenhaus gab heut der Bericht
der Budgetkommission, betreffend die Uebersichten über den Fort-
gang des Baues und die Ergebnisse des Betriebes der Staats-
eisenbahnen in den Jahren 1873, 74 und 75, Anlaß zu zahlreichen
Anfragen an die Regierung wegen Verzögerung oder gänzlicher Unter-
lassung dieses oder jenes Bahnunternehmens. Dann wurde die allge-
meine Rechnung über den Staatshaushaltsetat des Jahres 1873 nach
einigen budgetrechtlichen Bemerkungen der Abgg. Rickert und Hammacher
für erledigt erklärt und das Nothstandsgesetz in dritter Be-
rathung angenommen. Der Gesetzentwurf, betreffend die Ablösung
der Servituten u. s. w. in Schleswig-Holstein, welcher ebenfalls zur
dritten Berathung stand, wurde nochmals von dem Abg. Hänel be-
kämpft, rief außerdem noch einen kleinen häuslichen Streit zwischen
den schleswigschen Abgeordneten hervor, wurde indeß, abgesehen von
jener redaktionellen Aenderung, unverändert angenommen. Schließlich
wurde das Verfahren der Regierung, über die nicht berücksichtigten
Beschlüsse des Abgeordnetenhauses aus der vorigen Session, erst jetzt
dem Hause eine Uebersicht zu unterbreiten, vom Abgeordneten Berger
scharf kritisiert, vom Minister Friedenthal jedoch nach Möglichkeit ent-
schuldigt.

Dem erwähnten polemisirenden Artikel der „Prov.-Korr.“ ge-
genüber bemerkt die „B. A. C.“, nachdem sie sich gegen die Unterstel-
lung verwahrt, in ihren früheren Ausführungen dem Abgeordne-
tenhause unbedingt Festhalten an seinen Beschlüssen empfohlen zu
haben:

Die Regierung durfte die Differenzpunkte zwischen dem Herren-
hause und Abgeordnetenhause in den Kommissions-Berathungen
des ersteren gar nicht so weit heranwachsen lassen, daß — nach
den Vorschlägen der Herrenhaus-Kommissionen wenigstens — das
Zustandekommen beider Gesetze heute gefährdet erscheint. Eine
solche den Differenzen vorbeugende Haltung ist von Seiten der
Regierung indessen nicht beliebt worden; und schwerlich vermag
in Bezug auf die Ausgleichung der Differenzen dasselbe eine
Taktik zu leisten, welche wesentlich darauf gerichtet scheint, im Herren-
hause die Basis der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zu verändern
und dort Alles zurückzugewinnen, was in Abgeordnetenhause durch
Koncessionen der Regierung stillschweigend schon abgegeben zu sein
schien. Je mehr auf diese Weise heute im Sinne der Re-
gierung gewonnen wird, um so schwieriger wird in den
letzten Tagen der Session die wirkliche Verständigung sich er-
möglichen lassen, wenn nicht etwa geradezu dem einen Hause
zugemuthet werden sollte, lediglich um die Gesetze zu Stande zu

bringen, sich den Beschlüssen des anderen Hauses zu konformiren.
Wir haben uns in dieser Beziehung bei unseren Ausführungen genau
auf gleicher Linie mit dem gehalten, was der Minister des Innern
Graf zu Eulenburg in der Herrenhaus-Sitzung vom 21. Juni gesagt
hat. Auch wir würden „das Zustandekommen der Städteordnung in
dieser Session für einen außerordentlichen Vortheil und für eine
Wohlthat für das Land halten; aber doch nur unter der Bedingung,
daß wirklich Grundsätze darin zur Geltung kommen, die in einem
guten Gesetze Platz finden können und daß nicht aus bloßer Lust
am Zustandekommen des Gesetzes etwas gemacht wird, womit zuletzt
keiner zufrieden ist.“

Ein Satz, der gewiß an sich nicht zu bestreiten ist.
— Die „Nat.-Lib. Correspondenz“ behandelt heute die Versuche,
eine Partei Bismarck zu bilden. Wir lassen ihre Ausführungen im
ganzen Umfang folgen:

Die von einem Theil der Presse, namentlich in der „Nordd. Allg.
Ztg.“ betriebene systematische Bekämpfung der nationalliberalen
Partei wird vielfach so angesehen, als geschehe sie auf Anregung
des Fürsten Bismarck. Uns will es scheinen, als genügte ein einfaches
Rechenexempel, die Wahrscheinlichkeit dieser Ansicht zu widerlegen.
Fürst Bismarck wünscht in den parlamentarischen Körperschaften eine
möglichst große und möglichst zuverlässige Majorität. Würde er die-
selbe auf dem Wege der Befehdung der nationalliberalen Partei er-
langen? Zugegeben ist, daß in den östlichen Provinzen Preußens, mit
Zubehilfe einerseits der zahlreichen kleinen Mittel, welche die Ver-
waltung in der Hand hat, andererseits der agrarischen und bäuerlichen
Interessenbestrebungen, der liberalen Partei zu Gunsten einer konser-
vativen Richtung vielleicht erheblich Abbruch gethan werden könnte.
Doch wird man schwerlich hinter den kühnen Erwartungen der Kon-
servativen selbst zurückbleiben, wenn man die in diesen Provinzen von
ihnen zu gewinnenden Parlamentssitze auf höchstens 40—50 veran-
schlagt. Diese Zahl könnte möglicherweise noch durch einen kleinen
Zugang aus Schleswig-Holstein verstärkt werden. Dagegen würde
in Rheinland und Westfalen jede Schwächung der liberalen Partei
ausschließlich dem Ultramontanismus, in Hannover und Hessen aus-
schließlich dem Partikularismus zu Gute kommen. Dasselbe Verhält-
niß würde sich, was die Reichstagswahlen betrifft, für Süddeutsch-
land ergeben. Es ist also klar, daß eine der bisher vom Fürsten
Bismarck befolgten Politik bedingungslos ergebene kompakte kon-
servative Majorität auf keinen Fall erzielt werden würde. Fürst
Bismarck würde deshalb auch fernerhin gezwungen sein, bei einer
anderen Partei Unterstützung zu suchen. Da ist denn zunächst das Zen-
trum. Um welchen Preis die Bundesgenossenschaft desselben für die
Regierung zu haben wäre, ist bekannt, nämlich um den Verzicht auf
diejenige Politik, welche den Fürsten Bismarck mehr als alle seine di-
plomatischen Erfolge zum populärsten Manne der Zeit gemacht
hat, um die Anerkennung der Kirche als einer mit dem Staate gleich-
berechtigten Macht, die dessen Gesetzgebung sich nur fügen soweit es ihr
beliebt. Ohne Zweifel würde von Seiten der römischen Kurie für eine
etwaige „Versöhnung“ eine Form gefunden werden, die dem deutschen
Staatsmanne den Gang nach Canossa nach Möglichkeit verzeihen
könnte; an der Sache aber würde dadurch nichts geändert. Man
braucht diese Gedanken nur auszusprechen, um damit zugleich ein
Bündniß zwischen dem Fürsten Bismarck und der Zentrums-Partei als
unmöglich bezeichnet zu haben. Nicht anders ist es, wenn man die
Chancen eines Kompromisses mit den partikularistischen Elementen in
Betracht zieht. Der Reichskanzler würde also, um eine Majorität zu
erzielen, wiederum zur liberalen und speziell zur nationalliberalen
Partei, die auch im schlimmsten Falle immer noch ein sehr beachtens-
werther Faktor unserer Parlamente bleiben würde, seine Zuflucht neh-
men müssen. Nun werden selbstverständlich die großen Gesichtspunkte,
von denen sich die nationalliberale Partei bisher hat leiten lassen,
auch ferner für sie maßgebend sein, aber, was das Verhältniß zur
Regierung anlangt, würde unter den in Rede stehenden Voraus-
setzungen an die Stelle des bisherigen Vertrauens ein sehr begreif-
liches Mißtrauen treten. Die selbstlose Hingebung, mit welcher
die nationalliberale Partei bisher die Politik des Fürsten Bismarck
unterstützt hat, hätte ihren Grund in der Ueberzeugung, daß man,
trotz mancher Meinungsverschiedenheit im Kleinen und Einzelnen, in
den großen Zielen mit dem Reichskanzler einig sei. Erwies sich aber
die prinzipielle Befehdung, welche gegenwärtig gegen die nationalliberale
Partei unternommen wird, wirklich als das Werk des Fürsten Bismarck,
so würde damit diese Basis des bisherigen Verhältnisses selbstver-
ständlich zerstört sein. In Zukunft würde es also auf eine Gewinnung
der Partei von Fall zu Fall ankommen, und in jedem einzelnen
Fall würde der Reichskanzler statt des bisherigen Entgegenkommens
eine mißtrauische Zurückhaltung vorfinden, deren Verschönerung sicher-
lich nicht leicht und schwerlich immer gelingen würde. — Alles in
Allem, würde die von der „N. A. Z.“ inauguirte Kampfespolitik in
dem in ihrem eigenen Sinne günstigsten Falle zu einer Konstellation
führen, die sich, vom Standpunkte der Regierung betrachtet, dahin
charakterisiren läßt, daß die heute bestehende Wahrscheinlichkeit,
eine Majorität zu erhalten, in Zukunft in die vollendete Unsicher-
heit umgewandelt sein würde. Diese Eventualität ergiebt sich so
klar und so unwiderprechlich aus den thatsächlichen Verhältnissen, daß
wir uns geradezu einer Beleidigung des Reichskanzlers schuldig zu
machen glauben würden, wenn wir annehmen wollten, daß jene
Kampfespolitik von ihm gebilligt werde, geschweige denn, von ihm an-
geregert sei.

Das Leiden, welches den Reichskanzler Fürsten Bismarck
zu der von ihm ziemlich widerwillig angetretenen Reise nach Riffingen
genöthigt hat, ist der „N. Z.“ zufolge nicht, wie es jüngst in den Zei-
tungen hieß, die Verhärtung, sondern die chronische Entzündung einer
größeren Ader an beiden Beinen. Es ist dieselbe Krankheit, die den
Fürsten an der Begleitung des Kaisers nach Mailand hinderte und
die ihm ein längeres Stehen wegen der daraus folgenden Schmerzen
zur Unmöglichkeit macht. Das Uebel ist allerdings ein derartiges,
daß es, falls nicht rechtzeitig gegen dasselbe eingeschritten worden wäre,
zu den ernstesten Besorgnissen Veranlassung giebt.

Anläßlich der Bestellung des Reichskanzleramts-Präsidenten
Hofmann zum Stellvertreter des Reichskanzlers der Reichsbank gegen-
über theilte unser Korrespondent neulich mit, daß Bismarck einem
diesbezüglichen Antrag Delbrücks, der diese Stelle nicht innehatte,

unbeantwortet gelassen und in der Bankauschussung selbst den Vorsitz geführt habe. Dem gegenüber können die als inspiriert geltenden „Deutschen Nachr.“ auf Grund besserer Informationen“ versichern, daß diese Frage zwischen dem Reichskanzler und dem Präsi. Delbrück niemals zur Sprache gekommen ist. „Schon der Umstand“, schreibt jene Korrespondenz, „daß die Reichsbank als solche, erst seit wenigen Monaten besteht, und daß nur eine Sitzung des Bankauschusses stattgefunden, beweist, daß vorher noch kein Grund vorlag, sich mit der Vertretung des Reichskanzlers zu beschäftigen.“

In dem von uns reproduzierten Artikel des „Wintertürer Landb.“ über den Zeugen M a t h i ä im Prozeß Arnim wird der Professor Beuno Tschischwitz in Zürich beschuldigt, Mathia zu seinem bekannten Auftreten als Zeuge angeleitet zu haben, und an den Professor direkt eine derartige Anfrage gerichtet. Derselbe schreibt in Folge dessen dem „Wintertürer Landb.“, „er könne nicht leugnen, daß er allerdings als preussischer Patriot dieser Sache nahe gestanden habe und noch nahe stehe“, worauf der „Landbote“ repliziert: „Ja wohl, Herr Professor, nur zu nahe!“ Eine in Aussicht gestellte Rechtfertigung will der „Landbote“ vorläufig abwarten, ehe er das Urtheil spricht.

Kurz nach dem Erscheinen der „Die goldene Internationale“ betitelten jüdenfeindlichen Brochüre des Stadtgerichtsrathes Wilmanns hatte bekanntlich der Vorstand der hiesigen jüdischen Gemeinde sich beschwerdeführend an den Justizminister gewendet und demselben unter Bezeichnung der provisorischen Stellen des Buches anheimgegeben, ob nicht — entweder durch den Staatsanwalt oder im Disziplinarwege — gegen den Verfasser auf Grund des Paragrafen des Strafgesetzbuches vorgegangen werden könne, welcher das Beschimpfen einer Religionsgenossenschaft mit Strafe belegt. Der Staatsanwalt hatte dem Vorstande geantwortet, von einem Einschreiten gegen Herrn Wilmanns absehen zu müssen, weil auf ähnliche Angriffe von anderer Seite bei früheren Gelegenheiten ebenfalls nicht eingeschritten worden sei. Der Vorstand, welcher sich bei dieser Entscheidung nicht beruhigen zu sollen glaubte wendete sich darauf unter Darlegung des Sachverhaltes an den Oberstaatsanwalt von Lüd und hob besonders hervor, daß es wohl etwas wesentlich Anderes sei, ob von unverantwortlicher Seite geübte Angriffe erfolgten, oder durch einen hohen Beamten, dessen Ansichten vermög seiner Stellung von weit größerer Tragweite seien. Auf diese Appellation ist nun neuerdings von Seiten des Oberstaatsanwaltes eine Antwort eingelaufen. Es heißt darin, daß ein Verfahren auf Grund des angezogenen Paragrafen des Strafgesetzbuches deshalb nicht zulässig erscheine, weil sich die Bemerkungen des Herrn Wilmanns nicht auf die Juden als Religionsgenossenschaft, sondern als sozialpolitische Erscheinung beziehen.

Die II. Abtheilung des Kriminal-Senats des Kammergerichts verhandelte am Dienstag in der bekannten Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Eisenbahn-Zeitung“, F o a c h i m G e h l e n, welcher in mehreren, und zwar in den Nummern 31-39 der genannten Zeitung vom vorigen Jahre erschienenen Artikeln die Mitglieder des Aufsichtsraths der R u m ä n i s c h e n Eisenbahn-Aktiengesellschaft geradezu der Verrätheri, der Betrügerei und des gewissenlosesten Leichtsinns gegenüber den Aktionären beschuldigt hatte. Die Nummer 46 der genannten Zeitung vom vorigen Jahre enthielt ferner noch zwei Artikel, worin die Nothwendigkeit einer Diktatur des Reichskanzlers hervorgehoben und derselbe quasi als „Sündenbock“ für die Fehler der ihm untergebenen Minister hingestellt wurde. Die erste Instanz hatte Herrn Gehlen deshalb zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt. In der zweiten verteidigte derselbe sich selbst, doch bekräftigte der Gerichtshof lediglich die erste Sentenz.

In Berlin haben die K ü n s t l e r unter dem Vorsteher des Obermeisters Köppler und unter dem Titel eines Zentral-Komitees selbständiger Künstler die Unterabtheilung begonnen. Vor fünfzehn Jahren agitierten sie im „Kunstler-Verband“ und unter dem Vorhinein den Kampf gegen die Gensdarmerei; vor drei Jahren strebten sie nach Beibehaltung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter; jetzt lehnen sie sich

an den schützamerikanischen Zentralverein zum Schutz der deutschen Industrie an. Diefem sind sie ein gefährlicher Zuwachs; denn sie treiben die um die Aufrechterhaltung des Koalitionsrechts besorgten Arbeiter in das Lager seiner Gegner.

Der evang. Oberkirchenrath hat unterm 24. v. M. eine eingehende Anweisung über das Disziplinarverfahren und die Amtspension bei Amtsvergehen der Superintendenten, Geistlichen und niederen Kirchendiener, in Folge des § 7. Nr. 6. der General-Synodalordnung vom 20. Januar v. J. erlassen. Ausdrücklich wird dabei hervorgehoben, bezieht sich „die in dem kirchlichen Gebiete eintretende Neuverteilung“ nur auf das förmliche Disziplinarverfahren und die vorläufige Dienstenthebung, während sowohl das materielle Disziplinarrecht, als auch das Verfahren bei dem, im Dienstausfichtsweg auferlegenden Rügen und Ordnungsstrafen in unänderlicher Geltung bleibt. Die Disziplinarbehörden des neuen Verfahrens sind die Provinzialkonsistorien und der evang. Oberkirchenrath. Eine dem Disziplinarhofe des Staates analoge besondere Behörde ist in das kirchliche Verfahren nicht eingeführt. Die ersteren fungieren durchweg als Disziplinarbehörden erster Instanz und üben insoweit auch die dem Disziplinarhofe beigelegten Befugnisse, jedoch mit der Beschränkung, daß die Verfügun der Einleitung des förmlichen Verfahrens immer von der obersten Instanz ausgehen muß. Die Theilnahme des Vorstandes der General-Synode an den von dem evang. Oberkirchenrathe zu fällenden zweifelsinstanzlichen Entscheidungen in Disziplinarunterfuchungen der bezeichneten Art kann erst dann wirksam werden, wo die erste ordentliche General-Synode einen solchen Vorstand gebildet hat.

Marientwerder, 22. Juni. [Deutsche Adresse an den Abgeordneten Dr. Negidi.] Bekanntlich hat der Abgeordnete v. Wierzbinski am 20. Mai c. im Abgeordnetenhaus das Deutchtum in maßloser Weise angegriffen, welche Angriffe von dem Abgeordneten Dr. Negidi zurückgewiesen wurden. In Folge dessen wird in allen Kreisen Westpreußens von der deutschen Bevölkerung eine Dankschreiben an Herrn Dr. Negidi unterzeichnet. Die Zahl der Unterschriften auf diesem Dankschreiben beträgt, obwohl die Unterzeichnung noch lange nicht abgeschlossen ist, bereits über 1500. Das bezügliche Dankschreiben lautet mit Weglassung der Einleitung wie folgt:

In der sechzigsten Sitzung des Abgeordnetenhauses am 20. Mai c. hat der Abgeordnete für den 4. bromberger Wahlkreis Mogilno, Gnesen, Wogrowitz Herr v. Wierzbinski bei Gelegenheit der dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Geschäftsprache der Beamten, Behörden und politischen Körperschaften des Staats nach dem stenographischen Bericht die deutsche Nationalität beschimpft und die Geschichte unseres engeren Vaterlandes eine Geschichte von lauter „Veranungen“ genannt.

Diese bis dahin im Abgeordnetenhaus unerhörten Ausfälle haben einzig und allein von Ew. Hochwohlgeboren eine ernste und jedes Preussens erfreuende Abwehr gefunden und diese hat speziell die Bewohner Westpreußens tief ergriffen, um so mehr, als durch jene vom ersten Mal im Abgeordnetenhaus die Bedrückungen, die die Deutschen dieses Landes theils unter der polnischen Regierung erfahren haben, näher erörtert worden sind.

Ew. Hochwohlgeboren vertreten den düsseldorfser 8. Wahlkreis (Mörs-Rheinberg) und waren deshalb nicht eigentlich verpflichtet, für unsern Landestheil einzutreten, — daß Sie aber dennoch für diesen Landestheil eintreten, vergrößert unsere Pflicht der Dankbarkeit und sie erleidet keine Einschränkung durch den Umstand, daß Ew. Hochwohlgeboren unserer Provinz durch Geburt angehören.

Ew. Hochwohlgeboren bitten wir daher ergebenst, unsern innigsten Dank für ihr Auftreten den maßlosen Schmähungen des Herrn v. Wierzbinski gegenüber entgegenzunehmen zu wollen.

Unter den oben erwähnten 1500 Unterschriften haben sich solche von Personen aller Stände und aller weltlichen Parteien, was beweisen mag, mit welcher Genugthuung alle Deutschen in Westpreußen

die Abfertigung begrüßt haben, die Herrn v. Wierzbinski durch den Abgeordneten Dr. Negidi zu Theil geworden ist.

Breslau, 22. Juni. Wie die „Schles. Volks-Zeitung“ berichtet, hatte das Domkapitel bei dem hiesigen Stadtgericht gegen den Staatskommissarius Herrn v. Schumann eine Besetzung in der Angelegenheit der Räumung des fürstbischöflichen Knabenseminars eingereicht. Nachdem in dieser Sache am 9. v. M. am Tage nach der Räumung des Seminars, Termin stattgefunden hatte, ist am 16. d. die Urteilsverfugung erfolgt. Hiernach ist der Kläger abgewiesen; in dem Urtheil wird hervorgehoben, daß es sich in vorliegenden Falle um die Ausführung einer staatlichen Gesetzesmaßregel handle.

Zeig 19. Juni. Staatsminister Delbrück, welcher am Sonntag hier eingetroffen, verweilte bis heute in unserer Stadt. Sein Besuch galt der Auffriehung seiner Jugenderinnerungen und der Besichtigung der Gräber seiner Eltern, die auf unserem Friedhofe ruhen. Seitens der hiesigen Schützen wurde dem verehrten Staatsmanne ein solenner Fackelzug gebracht.

Wiesbaden, 20. Juni. Die königl. Regierung hat folgende Zirkular-Verfügung erlassen: „Bei Gelegenheit der Anfrage eines königl. Amtes, ob der Durchzug der sog. K ö l n e r P r o z e s s i o n nach Wallbörn zu gestatten sei, hat der Herr Oberpräsident in der Verfügung vom 7. Juni l. J. ausgesprochen, daß das nassauische Edikt vom 18./27. August 1815, die Abstellung der Prozessionen betreffend, noch als Kraft stehend zu betrachten sei, da es als Spezialgesetz nicht durch die generellen Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 und als Verbotsgesetz nicht durch Nichtanwendung und abweichendes faktisches Vorgehen beseitigt oder abgeändert werden konnte. Es sind hiernach alle Wallfahrten an inländische oder ausländische, näher oder entfernter außer dem Gemeindebann liegende Wallfahrtsorte untersagt und sollen fremde Prozessionen an der Grenze zurückgewiesen werden. Es ist hiernach auch gegen die sog. K ö l n e r P r o z e s s i o n einzuschreiten, sofern dieselbe ihrer Form nach als Prozession zu betrachten ist. Wir haben hiervon, der Vorschrift des § 2 des genannten Edikts entsprechend, der königlichen Regierung zu Köln entsprechende Mittheilung gemacht. Es ist Sorge dafür zu tragen, daß die katholischen Geistlichen von der Sachlage benachrichtigt, die Bestimmungen des Edikts in wirksamer Weise zur Ausführung gebracht und Zuwiderhandlungen verhindert werden.“

Trier, 20. Juni. In diesen Tagen wurde vor dem königl. Zuchtpolizeigericht ein Fall verhandelt, der wieder einmal von dem cynischen Fanatismus gewisser katholischen Geislichen zeugt. Die „Trierische Ztg.“ berichtet darüber:

„In der vorgestrigen Sitzung des kgl. Zuchtpolizeigerichts wurde wieder gegen Herrn Jor, Pastor zu Brockscheid, verhandelt. Da derselbe, obgleich gebürgig vorgeladen, nicht erschien, so hat das Gericht auf den Antrag des öffentlichen Ministeriums das Kontumacialverfahren beschlossen. Er war diesmal beschuldigt, den Fürsten v. Bismarck und den Kultusminister Dr. Falk gröblich beleidigt zu haben. Das qu. Faktum besteht nämlich in Folgendem: Einem Ausfluge, welchen der Lehrer mit seinen Schülern nach der „Altenburg“ unternommen, hatte sich auch der Herr Pastor mit seinem Hunde angeschlossen. Während der Lehrer sich einen Augenblick von den Schülern entfernt hatte, benutzte Herr Jor diese Gelegenheit, um sich einen Jux zu machen. Er ließ sich von einem der Knaben ein Stück von seinem Butterbrot geben, rief den Hund herbei und reichte ihm das Butterbrot hin. Als der Hund dasselbe nehmen wollte, sagte der Herr Pastor: „Es ist aber von Bismarck!“ worauf der Hund sich mit gekennetem Schweif schon zurückzog. Dasselbe geschah zum zweiten Male, als der Herr Pastor sagte: „Es ist von Falk!“ und als er hierauf dem Hunde das Butterbrot zum drittenmal darreichte und dabei sagte: „Es ist von Papst!“ wedelte das Thier fröhlich mit dem Schweife und nahm das Brod. Ob dieser „Hundsgemeinheit“ beantragte der Vertreter des öffentlichen Ministeriums auf Grund der §§ 120, 185 und 200 des Strafgesetzbuches sechs Monate Gefängniß und 500 Mark Geldstrafe. Das Gericht erklärte von Beschuldigten des ihm zur Last gelegten Vergehens hinreichend überführt, verurtheilte ihn daher zu drei Monaten Gefängniß nebst den Kosten und sprach

Interims-Theater.

(Direktion Schäfer.)

Die „Verlobung bei der Laterne“, welche wie alle Jahre auch diesmal auf dem Repertoire erscheint und am Donnerstag gegeben wurde, fällt noch in die Zeit Offenbachs „da sich ein Quell gedrängter Lieder ununterbrochen neu gebart“. Das prächtige Trinklied, das Zankduett, das reizende Quartett am Schluffe, es sind lauter Perlen einer anspruchsvollen, heiteren Musik. Die Aufführung labirte durch verschiedene musikalische Klippen hindurch. Herr Stephan und die Damen Reifig, Ormay und Mosewius theilten sich in die Rollen. Am meisten näherte sich Herr Stephan als Peter einer besseren Auffassung und Durchführung, das Stimmmaterial ist da und das Spiel traf zu. Frä. Reifig repräsintirte eine recht liebenswürdige Bäuerin Anne Marie, nur wäre ihrer Stimme in den tieferen Lagen oft etwas mehr Frische zu wünschen. Frä. Ormay gab die Liefse und traf der Ton der anfänglichen Resignation ganz auf. Gesanglich wenig befriedigend war die Leistung der Frau Mosewius als Catharina, das Spiel allein that's hier nicht, die kleine Rolle hat ein volles Anrecht darauf, auch gesungen zu werden.

Plattdeutsche Literatur.

B. A. Quigow, Mecklburger Geschichten. I.

„Wo Wisime wedder meckelnbürgisch würd.“

Die Wiedergewinnung Bismarcks ist für Mecklenburg ein Ereigniß, welches vor allem für die Mecklenburger nicht nur ein historisches sondern auch ein patriotisches Interesse hat; es ist also kein unglücklicher Gedanke, sie in der alten, noch immer lebenskräftigen Landessprache zu behandeln, zumal wenn man, wie Herr Quigow diese Sprache vollkommen beherrscht. Die Darstellung ist natürlich vielfach humoristisch gefärbt, im einzelnen nicht selten recht glücklich, aber im Ganzen viel zu breit. Die Komik kleinbürgerlicher und kleinstädtischer Verhältnisse — und großstädtischer waren die von Bismarck doch wenigstens damals nicht — fesselt uns nur, wenn sie in großer und derben Zügen als fresco gemalt ist; für die humoristische Kleinmalerei haben wir, Gott sei Dank! den Sinn verloren.

Drastische Komik fehlt im Ganzen auch den „ollen Scharfeten“ von Ellen Lucia*, aber die einzelnen Erzählungen spielen auf einem anderen, beschrankteren Boden, als jene große Stadtgeschichte, und fordern einen anderen Maßstab. Hier ist überall unmittelbar erfahrene Wahrheit in schlichtem Gewande, mit warmem Gefühl und glücklicher Stimmung dargestellt, zum Theil Stadtgeschichten im Geiste der Dorfgeschichte, und Humor und Wit fehlen nicht. Schwach ist eigentlich nur die erste Erzählung „Kirchen und Klüt“; die übrigen geben in glücklichster Weise Bilder aus dem Leben, Bilder von einer ganz bestimmten Färbung. Es ist das alte Greifswald, welches unter dem gewandten, von liebevoller Hand geführten Griffel einer seiner Töchter noch einmal aufsteht, aber unter die Wahrheit und durch die

* Die Scharfeten. Bel un noch wat von tau Hus. Erzählungen im plattdeutschen Dialekt von Ellen Lucia, (W. Weyerang). J. Bd. Greifswald 1876. Ludwig Bamberg.

Wahrheit ist die Dichtung ergossen, die Gestalten des Zufalls sind in die Sphäre nothwendigen Menschendaseins erhoben und so braucht man nur ein Mensch zu sein, um, Verständniß für die Sprache vorausgesetzt, diese Lebensbilder mit hohem Genusse zu lesen.

A. Brieger.

* Zur Zukunftsmusik gehört auch ein Zukunftstul. Herr Edmund von Hagen, der über die erste Szene des „Reingold“ glücklich einen Band zu Stande gebracht hat München 1876 bei Christian Kaiser, sagt darin Seite 160: „Wagner's bedeutende Eigenart bannt allgewaltig allen wahrhaft werthvollen Wahn des Weltwesens in ihre Sphäre, drückt den Stempel des Genius darauf und schenkt ihn schön gestaltet hochherzig der Mit- und Nachwelt.“

* Der Selbstmord unter Schauspielern scheint epidemisch zu werden. In Mannheim hat sich der ehemalige Musikdirektor des berliner Opernhauptes Langer, in Wien der ehemalige Schauspieler und Agent Mellin ertränkt, in Ems wie bekannt die Liebhaberin Toni Stein erschossen und von Salzweibel meldet man, daß sich der Komiker Carlos Duchow gleichfalls erschossen habe.

* Herr Salamonsky soll, wie neulich nach dem „N. B. T.“ erwähnt, in früherer Zeit unter dem Namen einer Miß Ella Triumphe gefeiert haben. Wie das „Fröbl.“ von „glaubwürdiger Seite“ erzählt, ist diese Nachricht infolgedessen unrichtig, als sich hinter dem Pseudonym einer Miß Ella nicht Direktor Salamonsky, sondern der jetzt gleichfalls noch lebende Direktor Stocks verborgen hatte, der durch seinen kleinen Körperbau sehr zur Durchführung einer Damenrolle geeignet war.

* Königsberg, 19. Juni. Die Unterfuchung gegen den angeblichen russischen Obersten Klatschakow ist geschlossen und es steht nächsten Montag Termin zur öffentlichen Verhandlung gegen ihn an. Einige Diebstähle hat er der „D. Z.“ zufolge eingestanden und auf diese muß sich die Anklage vorläufig beschränken. Sein Vater, pensionirter russischer General, hat ein Schreiben an das Gericht gelangen lassen, worin er sich bemüht, seinen Sohn als geisteskrank hinzustellen. Doch ist dieses väterliche Schreiben so wenig logisch, daß es vielmehr angethan ist, die Lage des Sohnes zu verschimmern. Der Vater schreibt nämlich, daß er seinen Sohn stets reichlich mit Geld versorgt habe und wenn er sich fremdes Eigenthum angeeignet habe, so könne das nur in einem Anfall von Geistesabwesenheit geschehen sein. Wenn nun K. auch, wie seine Unterfuchung im Gefängniß erwiesen hat, krank ist und an einer unheilbaren Darmstille leidet, so ist doch von Geistesstörung keine Spur vorhanden und es bleibt sonach von dem Briefe seines Vaters nichts als der erschwerende Umstand zurück, daß der Angeklagte niemals in Noth gewesen.

* Stettin, 18. Juni. Unmittelbar nach dem (telegraphisch erwähnten) Ablauf der Korvette „S e d a n“ ereignete sich auf der nach beiden Seiten vor der Werft des „Vulkan“ abgesperrten Oer ein Unfall, bei dem zwei Hofarbeiter des „Vulkan“ das Leben einbüßten. Sie hatten nebst noch einem Dritten die Obiegenheit, zu dem sog. Schlitzen gehörige, etwa davon schwimmende Pöbber zu sammeln und zu bergen und hielten sich hierzu, am diesseitigen Ufer in einem Boote anliegend, bereit. Raun aber war die Korvette in ihrem Elemente und eben in langsamer Wendung stromabwärts begriffen, als sie auf das Schiff hinrudenten, dessen eher herabgelassene Anker die Spitze ihres Bootes traf und das Hintertheil desselben mit in die Tiefe senkte, während die Spitze hoch emporragte. Der in hochstehenden Vorderrtheil sitzende Mann ergriff ein an der Korvette herabhängendes Tau und hielt sich daran so lange über Wasser, bis er

gerettet wurde. Die beiden anderen Arbeiter aber sanken mit in die Tiefe hinab und kamen nicht wieder zum Vorschein. Beide Verunglückten sind verheiratet; die Frauen derselben befanden sich unter der Zuschauermenge am Ufer und hatten den schrecklichen Anblick, ihre Ehegatten vor ihren Augen ertrinken zu sehen. — Von mehreren hier anwesenden Stromschiffen erhielt die „Ober-Ztg.“ folgende Zuschrift: „Am 15. d. Mts., Abends 9 Uhr, nahm der Dampfer „L o t h a r B u c h e r“ in Swinemünde 3 Oederfähne, mit Kohlen beladen, ins Schlepptau, um sie nach Stettin zu schleppen. Am 12 Uhr aber wurde bei ziemlich hoher See im Haff der eine Kahn losgerissen, der Kapitän ging mit dem Dampfer zurück, holte den losgerissenen Kahn und wurde dieser durch ein heftigeres Tau, welches von dem Kahnschiffers Kollegen gegeben wurde, wieder am Schlepptau befestigt, jedoch durch die große Verwirrung, die das erstmalige Losreißen des Kahnes bei dem Schiffer hervorgerufen hatte, kam der Kahn noch einmal los und wurde nach kurzem Hinüberstehen von den Wellen verschlungen, und mit ihm noch ein Kahn. Auf erstgenanntem Fahrzeug befanden sich eine Familie von 4 unmündigen Kindern, zwei derselben sind getödtet und zwei liegen mit den Eltern in den Fluthen begraben. Nach Aussage der geretteten Kinder sind sie in Brandenburg a. H. ortsangehörig und ist an ihre dort wohnenden weiläufigen Verwandten berichtet. . . Die beiden Mädchen kamen hier von Allen entblößt an, und haben wir durch unter uns gesammelte Beiträge dafür gesorgt, daß sie nothdürftig gekleidet werden können!“

* Oypeln, 21. Juni. In der heutigen Nacht ist es drei gefährlichen Verbrechen gelungen, aus der oberen Etage des hiesigen weißfingigen Kreisgerichtsgefängnisses zu entkommen. In dem betreffenden Gefängnißraum befanden sich vier Gefangene, von denen der eine, wegen Mordes zum Tode verurtheilt, nach ihm geflohen gemachter Eröffnung zu lebenswüeriger Zuchthausstrafe begnadigt worden ist, der andere sich wegen Mordes in Voruntersuchung befindet und vor das nächste Schnurgericht gestellt werden sollte, der dritte wegen schweren Diebstahls und der vierte wegen Körperverletzung in Voruntersuchung stehen. Letzterer blieb zurück; die drei Ersteren haben die vor dem Fenster befindlichen Eisenstäbe auseinandergebogen, sich durch dieselben gezwängt, hierauf an dem aus ihrem Bettlaken zusammengebrochten und an einem der Eisenstäbe befestigten Stricke herunter gelassen und sind über die Hofmauer entkommen.

* Verbalhornirung der Nationalhymnen. Bei der Eröffnung der Weltausstellung zu Philadelphia wurde bekanntlich auch ein Potpourri der Nationalhymnen gespielt. Die amerikanischen Zeitungen theilten in Folge dessen die ersten Zeilen des Textes einer jeden Hymne mit und verbalhornirten dieselben u. A. in folgender Weise: Die österreichische Nationalhymne wurde so vorgeführt: Gott erhalte frause of Kaiser. — Gott erhalte Friede, of Kaiser. — Gott erhalte Frause, of Kaiser. — Die meisten englischen Kollegen theilten der Ansicht gemessen zu sein, daß „Gott die Frau des Kaisers erhalten“ solle. Weitere Verstimmlungen: Jott, erhalte Franz then Kaiser. — Gott erhalte Franz und Kaiser. — Der dänische Volksgefang: „De tappere Landsooldat“, wurde wie folgt aufgeführt: Volkstied Den Lapper Landsooldat. — Volkstied den Tapper Lappsoldat. — Volkstied, Den Lapper Larubeoldat. — Zu guterletzt wollen wir noch den Titel der deutschen Hymne „Was ist des Deutschen Vaterland“ in einigen Variationen wiedergeben: Was ist des Deucher Bratland. — Was ist Das Deutscher Katerland. — Was ist Das Deutscher Vaterland. — Was ist des Deutschen Farterland. — Ein Korrespondent des Hannov. Couriers theilt bei dieser Gelegenheit mit, er habe früher schon in englischen Zeitungen gelesen, daß Frau Lucia „D du mein Leib“ statt „D du mein Lieb“ gesungen haben soll, daß aus „Sängerbund“ ein „Sängerbund“, aus Bruderbund ein „Luberbund“, aus Schützenfest „Schützenfest“, „Schützenfest“, „Schützenfest“ und „Schraubenfest“, aus Liedertafel eine „Leidentafel“ zc. zc. gemacht wurde.

Bei dem Mangel neuer zuverlässiger Nachrichten aus Konstantinopel und dem Ansurerektionsschauspiel kursiren in der Presse vielerlei unverbürgte Sagen und Märchen, denen man oft das Romanhafte auf den ersten Blick ansieht. So tische der „Courrier de France“ in einem angeblich chiffirten Telegramm aus Konstantinopel eine Schauer Geschichte auf, wonach die Ermordung nicht nur im Einverständnis mit Midhat Pascha, sondern auch mit dem Sultan selbst erfolgt sei, und der Mörder, ein als Offizier gekleideter Sotia, im Palaste von Dolmabahische verborgen gehalten werde. Die „D. A. C.“ veröffentlicht jetzt eine Uebersetzung dieses Phantasiestückes, welches aber wohl nur als eine mißlungene Nachahmung orientalischer Märchen betrachtet werden kann. Die feierliche Schwertumgürtung Murad's V. ist, wie mehrfach gemeldet, bis ins Unbestimmte hin verschoben worden, nachdem sie am 15. Juni, angeblich wegen einer Erkrankung des Sultans, nicht stattfinden konnte. Von Interesse ist auch eine Meldung des „Standard“, welche darauf schließen läßt, daß auch die arge großherrliche Geldklemme Schuld an dieser Vertagung habe. Jenes dem englischen Ministerium nahe stehende londoner Blatt berichtet nämlich, daß man in Stambul eifrig damit beschäftigt sei, das Silbergeschirr Abdul Aziz' einzuschmelzen. Dieses soll theils zur Prägung der Münzen dienen, welche am Tage der Schwertumgürtung unter das Volk geworfen werden, theils ist es zur Herstellung silberner Helme für die neue schweizer Palastgarde des Sultans bestimmt. Viel von der Erbschaft Abdul Aziz' dürfte wohl nun nicht mehr aufzuräumen sein.

Ein interessantes Licht auf die Stellung der derzeitigen türkischen Machthaber zu den serbischen Forderungen wirft eine Unterredung Raschid Pascha's mit dem serbischen Agenten Magazinovits, die der türkische Staatsmann einige Tage vor seiner menschlichen Ermordung gehabt. Die damals gemachten Aeußerungen, ein vollständiges politisches Programm des Ministerium Midhat enthaltend, fassen sich nach der „Pol. Kor.“ wie folgt zusammen. Im Verlaufe der Konversation betonte Raschid zuerst, daß die autonomen Staaten an der Donau die gewichtigsten Gründe haben, den Bestand der Türkei zu wünschen, da dieser ihnen die ausgiebigsten Garantien für eine gesicherte nationale Fortentwicklung gewähre. Was speziell Serbien betreffe, so habe Sultan Murad spontan den Wunsch nach Erhaltung der besten Beziehungen zu demselben ausgedrückt. Wenn Serbien Beschwerden und Wünsche habe, so sei die Pforte geneigt, erstere gewissenhaft unterzuchen, letztere nach Möglichkeit berücksichtigen zu wollen. „Murad V.“ — sagte Raschid mit starker Betonung — „bedeutet Frieden und Freiheit“. Allein, über Eines sei sich die Regierung Sr. Majestät vollkommen klar; im Interesse des Staates sei es, keine wie immer gearteten und welchen Namen immer tragenden Konzeptionen an die Reichsabhängigkeiten zu gewähren, die die jegige rechtliche Stellung derselben zum ottomanischen Reiche alteriren, oder die die jegigen Demarkationslinien zwischen den dem Sultan mittelbar oder unmittelbar unterstehenden Reichstheilen verschieben könnten. Die Erklärungen Raschid's, welche als eine Erlebigung gewisser von Herrn Magazinovits in betreff der bosnischen Frage vorgebrachten Argumentationen betrachtet werden dürften, sind, wie glaubwürdig versichert wird, in einem am 8. Juni abgehaltenen Ministerrathe festgestellt und gleichzeitig als unabänderliche Basis der Regierungspolitik in Bezug auf gewisse territoriale Velleitaten speziell Serbiens akzeptirt worden.

Ueber die eigenthümliche Stellung, in welcher der Khevide von Eghypten gegenüber der neuen Ordnung der Dinge in Konstantinopel sich befindet, enthält eine Korrespondenz des „B. A.“ aus Bera Näheres. Es wird darin die bevorstehende Ankunft des Khevide in Zweifel gezogen. Ismail Pascha, schreibt man dem pester Blatt, ist zwar mit starken Nerven begabt, aber das Ende seines Gönners Abdul Aziz war für ihn ein sehr deutliches memento mori; die letzten Ereignisse in Konstantinopel haben ihn aus seiner Sicherheit aufgeschreckt und sehr furchtsam gemacht. Er bereut tief die Hunderttausende von Pfunden für den Ferman, welcher die direkte Erbfolge des Bize-Königthums für seine Familie sichern sollte, ausgegeben zu haben, weiß er doch, daß der jegige Sultan sich an die Versprechungen seines Vorgängers nicht für gebunden erachtet, und daß der Ferman des Abdul Aziz heute nicht das Papier werth ist, auf welchem er geschrieben ist. Zudem ist es bekannt, daß Halet Pascha, der Onkel des Bize-Königs, in sehr intimen Beziehungen zu Sultan Murad steht, daher es nur von einer Laune dieses Letztern abhängt, um das ganze von Ismail Pascha so mühsam aufgebaute Kartenhaus über den Haufen zu werfen.

Griechische Blätter veröffentlichen das P r o m e m o r i a, welches der Landtag der Insel Kreta an den Sultan Murad V. gerichtet hat. Dasselbe enthält folgende Forderungen:

- 1) Der Gouverneur der Insel Kreta muß, weil diese Insel zum größten Theile von Christen bewohnt wird, ein Christ sein. 2) Bei der Regierung und den Municipalitäten soll die Anzahl der als Beamte angestellten Christen in einem gleichen Verhältnisse zu der Zahl der christlichen Bevölkerung stehen. 3) Alle christlichen Beamten auf der Insel müssen auf Kreta gebürtig sein. 4) Alle Staats- und Gemeindefunktionen müssen in türkischer und griechischer Sprache ausgeübt werden. 5) Die Polizei und die Garnison der Insel müssen so viel Christen unter sich zählen, daß sie zur Größe der christlichen Bevölkerung in einem gleichen Verhältnisse stehen. 6) Die geistlichen Gerichte haben sich nicht mehr mit Zivilsachen abzugeben; auch sollen auf der Insel gebürtig legalisirte Notare angestellt werden. 7) Die Gemeinden sollen vollständig autonom sein. 8) Der Landtag erhält das Recht, einen Fonds zu gründen, aus welchem der Ackerbau unterstützt werden soll. 9) Der Landtag erhält das Recht, eine Schulsteuer auszusprechen. 10) Außer den schon bestehenden Steuern darf keine andere Steuer ausgeschrieben werden. 11) Die Straßen und Häfen der Insel müssen verbessert werden. 12) Der Verkehr muß den nöthigen Schutz erhalten. 13) Die Frage bezüglich der Schulden des Staates an die Insel muß baldigst gelöst werden. 14) Kein Kretenser darf mehr in die Verbannung geschickt werden. 15) Die Beschlässe der geistlichen Behörden müssen sogleich ausgeführt werden. 16) Die Christen brauchen nicht mehr von Baue der Moscheen beizutragen. Hassan, der Mörder der türkischen Minister Hussein Abul Pascha und Raschid Pascha, hat, wie wir in der petersburger „Nowoje Wromja“ (Neuen Zeit) lesen in Petersburg einen leiblichen Better, welcher zur Zeit im Convoi des Kaisers dient. Zu Anfang der 60er Jahre, als die Tschirlessen in Massen nach Klein-Asien auswanderten, verließen auch beide Bettern den Kaukasus zu gleicher Zeit. Hassan, der unternehmungslustiger war, ging nach der Türkei, wo er nach verhältnißmäßig kurzer Zeit zu einem herborragenderen Posten gelangte. In den letzten 5-6 Jahren dem verstorbenen Sultan persönlich bekannt geworden, gehörte Hassan zu der nicht großen Zahl der Günstlinge Abdul-Aziz's. Allein diesem Umstande ist es auch wohl zuzuschreiben, daß Hassan noch vor dem Sturze Abdul-Aziz's eingekerkert wurde. Hassan unschädlich zu machen bis die Verschwörung durchgeführt war, kann vom Standpunkt der verschworenen Minister aus

Diesem Glend zu Hülfe zu kommen, ist für die Franzosen eine Pflicht, die jeder begreifen wird, der die Erinnerung und die Liebe für dieses Land Elsaß bewahrt hat, wo man Frankreich so sehr liebt! Deshalb zögern wir nicht, nochmals den unermüdbaren Edelmut unserer Leser in Anspruch zu nehmen. Dort unten giebt es Katholiken, die gestern noch Franzosen waren und die jetzt leiden. Die Katholiken Frankreichs müssen ihnen eine hülfreiche Hand reichen. Was die Vertheilung der Unterstützungen anbelangt, so ist der natürliche Vermittler vollständig angezeigt. Wir werden den Betrag dem Bischof von Straßburg zustellen.

Paris, 21. Juni. Hierundzwanzig radikale Mitglieder des pariser Gemeinderathes sind zu einem provisorischen Komite internationaler Initiative für die Säkularfeier des Todes tages Voltaire's und J. J. Rousseau's zusammengetreten. Die Feier soll einen internationalen Charakter tragen und — selbstverständlich — in Paris, der Hauptstadt des Weltalls und dem Centrum der Zivilisation, während der Dauer der Ausstellung von 1878 begangen werden. In dem schwülstigen Aufruf des Komite's, den die radikalen Blätter veröffentlichen, wird der Autor der Pucelle auffallenderweise hoch über den Verfasser des Emile gestellt. Rousseau wird als der Verkünder der Staatsreligion und als der Abhorrer aller unfruchtbarren und eigenförmigen Schwärmer vom Schlage der Werther und René scharf kritisiert, nur der Umstand, daß er „einer der wirksamsten Stacheln in der kolossalen Kräfteanstrengung der Revolution“ war, daß die erste Republik ihm „ihre düstere Flamme, ihre unerbitterliche Entschlossenheit und ihren Fanatismus für Tugend und Muth“ verdankt, veranlaßt die Herren vom Komite, neben Voltaire, „dem Befreier des menschlichen Geistes von allen Dogmen, allen Vorurtheilen und allen Ueberlieferungen“, auch ihn zu feiern. — Der „Gazette de France“ geht folgende, trotz ihrer heiteren Form sehr schmerzhaft zu schrist zu:

Herr Redakteur! Ich lese in allen Blättern, daß die pariser Münze seit acht Tagen eifrig damit beschäftigt ist, eine Menge Gold- und Silberstücke mit dem Bildnisse Sr. Maj. des Sultans Murad V., also für Rechnung der türkischen Regierung, zu prägen. Könnte nicht ein Theil dieses Geldes dazu bestimmt werden, die unglücklichen Inhaber türkischer Obligationen wenigstens mit einer Ratenszahlung zu bedenken? Eine kleine nach allen Regeln des Gesetzes durch den nächsten Hülfser vollzogene Beschlagnahme würde ja wohl für diesen Zweck genügen. Wenn Sie diesen Vorschlag zur öffentlichen Kenntniß bringen, werden Sie vielleicht den Opfern der türkischen Anleihe einige Hoffnung wiedergeben.

Ihr ergebenster Eusebius S.
Der Vorschlag ist viel zu vernünftig, als daß er auf irgend welche Beachtung rechnen dürfte.

Rußland und Polen.

Warschau, 19. Juni. [Die Reise des Erzbischofs Leonius in der Diözese Chelm.] Die Sensationsnachricht Ihres hiesigen Δ-Korrespondenten über angebliche blutige Erzeße in Podlachien, die jedenfalls aus unlauteren polnischen Quellen geschöpft ist, hat hier umso mehr Verwunderung erregt, als die „Posener Zeitung“ sonst über slavische und speziell polnische Angelegenheiten so wohl informiert ist und dieselben sehr sachgemäß darzustellen pflegt. Die haarsträubenden Schilderungen, welche namentlich die polnisch-galizische Presse über angebliche blutige Zusammenstöße, bei denen 30 Popen ermordet sein sollen, veröffentlicht hat, sind vollständig aus der Luft gegriffen und haben nur den Zweck, gegen die russische Regierung zu hetzen. Die ganze „Gegendemonstration“ bei der Reise des Kirchenfürsten hat sich, wie ich aus authentischer Quelle mittheilen kann, nur darauf beschränkt, daß in Rudno im Gouvernement Siedlec, dem Hauptsitz der oppositionellen Uniten, eine Anzahl von Frauen sich vor der Kerkwia (Kirche) gelagert und den Erzbischof mit Beschlagen empfangen haben, was ihn jedoch nicht hinderte, den Gottesdienst ohne jede Störung abzuhalten. Der Zweck, den die polnische Presse dabei verfolgt, wenn sie diesen unbedeutenden Vorfall zu „unerhörten Mord- und Gewaltthaten“ aufzubauschen sucht, liegt auf der Hand. Einmal sucht man dadurch den nationalen Fanatismus gegen Rußland zu schüren und zweitens will man den übrigen slavischen Völkern, deren Sympathien sich gerade in der gegenwärtigen Orientpolitik Rußland zuwenden, ein abschreckendes Bild vorhalten, wie „tyrannisch“ Rußland gegen die Slaven verfährt. Die polnisch-galizische Presse (auch der posener „Dziennik“ — Red. d. Pos. Z.) hat dies Thema sogar offen in Leitartikeln variiert und die „blutigen an den Uniten begangenen Mordthaten“ die allein in der Erfindung polnischer Hühnerköpfe zu suchen sind, mit großem Marm allen Slaven, namentlich auch den Ruthenen vorgehalten. Dergleichen Sensationsnachrichten wie z. B. die vor nicht langer Zeit von den galizischen Blättern erfundene Nachricht von einem Handschreiben des Papstes an den Kaiser Alexander liegen allein im Interesse der Partei von der sie ausgehen. (Wir bemerken hierzu, daß wir in Bezug auf die Sensationsnachrichten der polnisch-galizischen Presse über Rußland sehr vorsichtig zu verfahren pflegen und eine vor kurzem verbreitete petersburger Nachricht des „Dziennik Polski“, daß es aus Anlaß der Orientpolitik zu einem überaus heftigen Zwiste zwischen dem Kaiser Alexander und dem russischen Thronfolger gekommen sei, keiner Erwähnung gewürdigt haben. Ebenso unbeachtet ließen wir die vor einigen Tagen gebrachte Notiz der „Gazeta Narodowa“, daß in Lemberg mehrere Frauen von ermordeten Popen aus der Diözese Chelm eingetroffen seien. Wir kennen unsere Pappenheimer! — In Polen selbst werden, wie eine aus Block datirte Korrespondenz des hiesigen „Dziennik“ meldet durch Reisende, „dunkle Gerüchte“ über die angeblichen „Mordthaten“ kolportirt. Möglich daß sich unser Korrespondent durch die polnischen Quellen mystifiziren ließ. — Red. d. Posener Btg.)

Petersburg, 21. Juni. Die Zahl aller russischen gegenwärtig in ausländischen Gewässern befindlichen Kriegsschiffe beläuft sich nach einer Zusammenstellung der „Nowoje Wromja“ (Neue Zeit) auf 11 mit 236 Offizieren und 2000 Mann Besatzung. Im Stillen Ocean befinden sich 3 Schiffe, der Klipper „Wladimir“, jetzt auf der Fahrt zur Berings-Bai; der Klipper „Haidama“, zuletzt in Hong-Kong, und die Korvette „Bajan“ in Wladivostok. Im Mittelmeer befinden sich die Fregatte „Schwelan“, zur Zeit in Neapel; die Korvette „Asold“ in Saloniki und die Korvette „Sofot“ in Konstantinopel. Dazu kommen in kurzer Zeit noch die Panzerfregatte „Petropawlowsk“ und der Klipper „Kreuzer“. Außerdem befinden sich noch zwei Schiffe, der Dampfer „Taman“ und der Schooner „Plesuape“ zur Verfüggung des russischen Vorkämpfers in Konstantinopel; ersterer befand sich in Bulgardere und letzterer im Biräus. Der zur Stationirung in der Donau-Mündung kommandirte Schooner „Tuabse“ befindet sich zur Zeit in Gallat. Auf allen diesen Schiffen zählt man 105 Geschütze verschiedenen Kalibers.

den Beleidigten die Befugniß zu, diese Beurtheilung in der „Saar- und Mosel-Stg.“ sowie im Dauner Kreisblatt auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen.

Trier, 20. Juni. Dem Vernehmen nach hat das Domkapitel zu Trier von Rom Beistand erhalten, von einer definitiven Wiederbesetzung des bischöflichen Stuhles vorläufig Abstand zu nehmen. Als Hauptgrund für dieses Verhalten der Kurie wird angeführt, daß nach der letzteren Ansicht eine kanonisch gültige Wahl nicht erfolgen könne, wenn nicht wenigstens drei Kandidaten auf der dem Landesherren präsentirten Liste belassen würden, während die preussische Regierung daran festhalte, daß das durch die Bulle ad dominicum gregis custodiam von 1827 vorgeschriebene Listenverfahren nach dem i. g. irischen Wahlmodus in den Bistümern, welche den Bestimmungen der durch Kabinetordre vom 23. August 1821 sanktionirten und durch die Gesesammlung publicirten Bulle de salute animorum vom 16. Juli 1821 unterliegen also auch im Bisthum Trier, keine verpflichtende Geltung habe. Die Kurie scheint zu befürchten, daß die preussische Regierung keinesfalls von ihrem Standpunkte abgehen würde, wozu auch nicht der geringste Grund vorläge. Denn das Breve von 1827 hat für Trier keine Gültigkeit; daß das Bisthum Trier vielmehr den Bestimmungen der Sirkumskriptions-Bulle von 1821 unterliegt, besagt diese klar und deutlich in den Worten: „Daher verordnen und verfügen Wir in Ansehung der zu Deutschland gehörenden Kirchen von Köln, Trier, Breslau, Baderborn und Münster“ u. s. w. Bezüglich dieser Kirchen ist die Aufstellung und Vorlegung einer Kandidatenliste kein den Kapiteln zustehendes Recht, es steht vielmehr ganz in dem Belieben der Regierung, wie sie es in jedem einzelnen Falle mit dem Vorlegen einer solchen Kandidatenliste halten will, und ob sie die ganze Liste, sei es ein Mal, sei es wiederholt, verwerfen will. Auch über die Art der Aufstellung der Liste existirt eine die Regierung bindende Vorschrift nicht.

Düsseldorf, 21. Juni. Hier tagt Ende d. M., am 29. und 30. Juni und 1. Juli, die vierte Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, der im vorigen Jahre in München seine Zusammenkunft hielt. Wir theilen nachstehend das Sitzungsprogramm mit. I. Die öffentliche Gesundheitspflege seit der letzten Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege. Referent: Dr. Paul Börner (Berlin). II. Ueber die Bedeutung der Milchkontrolle für die Städte. Referent: Dr. Heuser (Barmen). III. Die berechtigten Ansprüche an städtische Wasserbereitungen vom hygienischen und technischen Standpunkte aus. Referent: Ingenieur Grabn (Essen). Korreferent: Sanitätsrath Dr. Friedrich Sander (Barmen). IV. Ueber die Gefahren, welche der Gesundheit des Menschen von kranken Hausthieren drohen und die zu ihrer Bekämpfung gebotenen Mittel. Referent: Prof. Dr. Bollinger (München). V. Einfluß der heutigen Unterrichtsgrundzüge in den Schulen auf die Gesundheit des heranwachsenden Geschlechtes. Referent: Prof. Dr. Finkenburg (Bonn). Korreferent: Sanitätsrath Dr. Märklin (Wiesbaden). VI. Ueber die technischen Gesichtspunkte, welche für die Reinigung und Verwertung des städtischen Kanalwassers in sanitärer, landwirtschaftlicher und national-ökonomischer Beziehung maßgebend sein müssen. Referent: Professor Dr. Dunkelberg (Boppeldorf). Korreferent: Ingenieur Büchli-Ziegler (Zürich). VII. Ausstellung und Erläuterung der Pläne der Kanalisation Düsseldorfs. VIII. Erläuterung der Pläne eines zu Brüssel vom sächsischen Albertvereine und internationalen Landesvereine ausgestellten Eisenbahn-Personenwagens nach Hensinger's System mit Lazareth-Einrichtung. Stabsarzt Dr. Helbig (Dresden).

Braunschweig, 18. Juni. Die kürzlich durch Erkenntniß des Obergerichts in Wolfenbüttel freigegebene, vielbesprochene Schrift: Die Preußen in Elsaß und Lothringen von Gustav Rasch ist von Neuem mit Beslag belegt worden. Gegen den Verfasser soll, obchon in der Sache bereits entschieden ist, eine neue Untersuchung eingeleitet werden. So heißt es in einem dem hiesigen Verlagsbuchhändler Braack und dem Verfasser in Paris zugegangenen Schreiben der Staatsanwaltschaft. Wegen welcher neuer Verbrechen, darüber läßt sich daselbst nicht aus.

Frankreich.

Paris, 21. Juni. Im Laufe der letzten fünf Jahre ist die französische Presse wieder zu dem glücklichen Resultat gekommen, daß die französische Nation die erste unter allen ist, und daß namentlich die deutsche sich mit ihr nach keiner Richtung hin messen kann — indessen zuweilen fällt doch ein Schatten auf diese Erkenntniß, es läßt sich nicht verkennen, daß in den barbarischen Germanen doch mancherlei beachtenswerthe Eigenschaften zu finden sind. Die „Patrie“ sagt heute in einem Artikel:

Die größte Kraft Deutschlands uns gegenüber und vielleicht seine einzige (?) Ueberlegenheit, besteht in dem regelmäßigen Anwachsen seiner Bevölkerung. Nach der letzten Zählung von 1875 zeigt sich in der verfloßenen vierjährigen Periode eine Vermehrung von 4 Prozent. In Frankreich dagegen ist, wie die Statistik von 1872 beweist, nur eine Vermehrung von 0,48 Prozent zu konstatiren. Die Volkszählung von 1872 hat ergeben, daß die Bevölkerung nur in 13 Departements zugenommen, in allen übrigen aber sich vermindert hat. Während sich die Bevölkerung in 13 Departements um 159,000 vermehrt hatte, betrug die Abnahme in den übrigen 2,183,375 Köpfe — ungerechnet die im Jahre 1871 durch den Krieg verloren gegangenen Landsrische. Auf dem Lande namentlich geht die Bevölkerung in erschreckender Weise zurück, während früher jeder Kanton durchschnittlich 110 junge Leute zur Loosung stellte, betrug diese Zahl in diesem Jahre nur 83. Die Gründe dieser Erscheinung liegen theilweise darin, daß die jungen Leute, um ihr Leben zu genießen, sich nach den Städten begeben, andererseits aber in dem Bestreben der Grundbesitzer — nur ein Kind zu besitzen, damit ihr Besitz nicht getheilt werden muß. Man nennt dies bei uns „Populirität“, aber es ist unzulässig, daß dieser Zustand eine Inferiorität gegenüber Deutschland bezeichnet, unsere Kontingente verringern sich stetig, während die feindlichen in demselben Maße zunehmen. Der größte Reichthum und die größte Stärke eines Landes liegt in seiner Bevölkerung. (In der Zahl der Bevölkerung doch wohl nicht allein! — Red. d. Pos. Z.) Ein Volk, welches sich zu vermindern beginnt, ist in Verfall gekommen. (Bis jetzt vermindert sich ja die Bevölkerung noch nicht, sie wächst nur langsamer, und dies würde an sich kein Uebel sein. — Red. d. Pos. Z.) Möge man in Rücksicht darauf die Parteipolemik etwas auf die Seite setzen und sich ersterer damit beschäftigen, wie der erwähnten Gefahr entgegengetreten werden kann. Alle Vaterlandsliebe treten hinter dieser großen Frage zurück und schon die Vaterlandsliebe muß uns damit beschäftigen.

Die ehemals in Straßburg existirende protestantische Fakultät soll, wie es heißt, demnächst in Paris wieder auferstehen. — Das Resultat der durch die Senatsabtheilungen vollzogenen Wahl der Kommission zur Prüfung der Vorlage, betreffend die Abänderung des Unterrichtsgesetzes, ist für die Republikaner noch ungünstiger als erwartet wurde. Da von neun Erwählten nur drei dem Entwurf des Unterrichtsministers Waddington günstig sind, so gilt als sicher, daß die Kommission die Verwerfung der Vorlage beantragen wird. Das heutige Wahlergebnis läßt indessen die Verwerfung des Entwurfs im Plenum des Senats keineswegs sicher erscheinen, da von den 263 Senatoren, welche sich heute in den verschiedenen Abtheilungen an der Wahl beteiligten, 132 für die der Vorlage feindlichen, 131 dagegen für die derselben günstigen Kandidaten stimmten. Die heute abwesenden etwa 30 Senatoren sollen der Mehrzahl nach der Linken angehören.

„Univers“, das jetzt gleichfalls eine Sammlung für die Ueberschwemmten im Elsaß eröffnet, kündigt dieselbe mit folgenden Worten an:

nicht anders als Flug genannt werden. In Haffan, der ihm bis in den Tod ergeben war, hatte Abdul-Nizj allerdings einen zuverlässigen Leibwächter.

Parlamentarische Nachrichten.

* In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. d. stellte bei der Beratung des Gesetzes über den höheren Verwaltungsdienst der Abg. Löwenstein bekanntlich einen Antrag, wonach u. A. auch ein 4-jähriger praktischer Dienst ohne juristische Prüfung zur Qualifikation zum Landrath ausreichen sollte. Der Abg. Witt-Vogdanow unterstützte, wie gemeldet diesen Antrag, der übrigens vom Hause abgelehnt wurde. Wir geben nachstehend die Rede des Abg. Witt, wie sie uns in stenographischen Wortlaut zugegangen ist:

M. H. auch ich belege die Einführung des hier richtig charakterisirten Regulatoriums zur Landrathsprüfung in die Beschlüsse des Herrenhauses. Ich habe mir deshalb erlaubt das ebengestimmte Amendement Löwenstein zu unterschreiben, indem ich nach den praktischen Erfahrungen, die ich im Lande gemacht habe, wünschen muß, daß es möglich sei auch nicht juristisch gebildete Landräthe zu ernennen. Nach dieser Seite hin schließt ich mich den Herrenhausbeschlüssen an und habe auch in früheren Abstimmungen so gestimmt. Ich möchte gern Herrn Abg. Richter in einigen Punkten entgegentreten. Es soll früher einmal von einem großen Aristokraten gesagt worden sein: Der Mensch sänge erst beim Baron an. Mir scheint die jetzige Strömung der Zeit irrtümlich dahin zu gehen als wenn der Mensch der in einem Verwaltungskörper praktisch sich bethätigen soll, nur dann erst beginnen könne, wenn er ein juristisches Examen abgelegt hat. Wir haben aber manche tüchtige Menschen im Staate, die ohne juristische Examina doch ihre Pflicht als Verwaltungsbeamte erfüllen können und besser erfüllen können als mancher Minderbefähigte mit Gramina. Es ist nicht entfernt meine Absicht die Juristen von den Landrathämtern auszuschließen, ich will nur auch andere tüchtige praktisch bewährte Männer nicht ausgeschlossen wissen, weil sie zufällig nicht Jura studirt haben. Ich möchte gerade aus den Erfahrungen meiner heimatlichen Provinz bemerken, daß wir in der Provinz Posen das Präsentationsrecht nicht haben und daß in Folge dessen eine große Anzahl Assessoren als Landräthe angestellt sind und früher angestellt waren, die sonst dem Kreise selbst nicht angehört haben. Wir haben gerade von liberaler Seite die allerhöchsten Erfahrungen mit diesen strebenden Herren gemacht, (Sehr richtig!) die mit wenig Rücksicht auf das Interesse der Bevölkerung und des Landes ohne die Kenntniß ländlicher Verhältnisse und deren Bedürfnisse mehr oder weniger die Interessen der Bureaucratie, Fiskalität und Polizei allein im Auge gehabt haben.

M. H., was werden Sie denn nun aber um solchen Dingen entgegenzutreten, mit den früheren Beschlüssen des Abgeordnetenhauses im § 10 erreichen? Sie werden diejenigen Juristen, welche nicht im Stande sind das zweite Examen zu machen, begünstigen, sich der Verwaltungscarriere zu widmen und um Landrathsposten zu bewerben, denn sie können dann noch in ein gutes Amt eintreten, während alle anderen wenn auch praktisch und tüchtig bisher bewährten Männer ausgeschlossen werden, weil sie nicht Juristen sind. Auf der anderen Seite möchte ich aber gern unsere alte Einrichtung der Landräthe behalten, wo der Landrath nicht allein Beamter des Staates ist, sondern wo er aus den Kreiseinwohner hervorgegangen, mit den Verhältnissen derselben besser vertraut auch die Interessen des Landes und der Bevölkerung der Regierung gegenüber in derselben Weise zu vertreten hat. Nun werden Sie aber für den Landrathsposten, der meiner Uebersetzung nach im Verhältniß zu den übrigen Beamtenfreisen nur schlecht dotirt ist, Niemanden von außerhalb und mit der Absicht Landrath zu bleiben finden, der sich gern einem solchen Posten widmet, sofern er nicht die Aussicht hat, dadurch eine höhere Karriere zu machen. Sie machen durch ihren früheren Beschluß den Posten des Landraths bloß zu einer Staffeln, zu einem Durchgangsposten zum Regierungsrath und das halte ich im Interesse des Landes für schädlich. Ich muß noch hinzufügen: Der Kreisrat, wie er nach der neuen Kreisordnung zusammengesetzt ist, besteht aus einer gewählten Körperschaft, und derjenige Landrath, der heute von dieser gewählten Körperschaft präsentirt wird, ist doch ein ganz anderer, wie derjenige, der nach der alten Kreisordnung überwiegend von den bevorzugten Rittergutsbesitzern präsentirt wurde. Wenn die Herren fragen, warum sie bei den Bürgermeistern nicht auch eine solche Kautel machen, dann heißt es: ja Bauer, das ist etwas ganz anderes, auf dem Lande müßt ihr nur einen solchen studirten Landrath haben. Ich möchte mich daher kurz fassen, indem ich glaube, daß, wenn Sie unsern Antrag zu § 10 annehmen, ein Vermittelungsorschlag gegeben ist, dem die k. Staatsregierung und auch das Herrenhaus wird zustimmen können. (Bravo!)

Lokales und Provinzielles.

Posen 23. Juni.

Polnisch-ultramontaner Terrorismus. Wir haben schon mehrfach Gelegenheit gehabt zu zeigen, daß die polnischen Fanatiker auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete die nationale Absperrung verlangen. Die Polen sollen weder bei deutschen Geschäftleuten etwas kaufen, noch von deutschen Handwerkern Arbeiten ausführen lassen, noch deutsche Arbeiter und Wirthschafter in Dienst nehmen. Die letzte Forderung vertritt besonders der ultramontane „Dredownik“, welcher wie es scheint hier die Wünsche polnischer Wirtschaftsbeamten vertritt. Das Blatt hat eine förmliche Heße gegen diejenigen polnischen Landbesitzer eingeleitet, welche deutsche Wirthschafter in Dienst nehmen, indem es seit einiger Zeit jeden solchen Gutsbesitzer dem nationalen und religiösen Haß empfiehlt. In seiner letzten Nummer bringt das Kaplanblättchen eine Denunziation aus Kosten, worin es heißt, daß „solche Abtrünnige (!) verachtet (!) und auf jedem Schritte gemieden werden“, müßten, da die deutschen Beamten gewöhnlich auch lutherisch seien, so entfesse daraus „nicht nur ein Schaden für die Nationalität sondern auch für den Glauben“ (!). „Darum polnische Gutsbesitzer, ruft der polnische Barrisier aus, denkt daran, daß wenn ihr Deutschen Brod gebt und es den Polen wegnehmt (!) ihr nicht nur eure Nationalität verläugnet (!) sondern auch den Glauben (!) und ich! = mer seid als die Heiden!“ (sic). Zu dem betreffenden Falle, den der ultramontane Korrespondent anführt macht er die Bemerkung daß es „ein herzzerreißender (!) Anblick sei, wenn der deutsche Beamte Sonntags in die lutherische Kirche fahre und die Landente in die katholische Kirche gingen.“ Schließlich fordert der ultramontane Fanatiker alle „Wohlgeminten“ auf, seine Ansichten zu unterstützen und wendet sich mit dieser Bitte sogar an den „Diennif Boznanski“, den „Kurver“ und die „Gazeta Torunska.“

Wie weit muß der Fanatismus der Nationalökonomien des „Dredownik“ gediehen sein, wenn er an die Polen die Forderung stellt, sich durch die Ausschließung von Deutschen ins eigene Fleisch zu schneiden. Die polnischen Arbeitgeber nehmen gewiß nicht aus irgend welcher Vorliebe deutsche Beamte an, sondern weil es in ihrem Interesse liegt. Aber was kümmern sich die frommen Heher um die Wohlfahrt ihrer Landsleute, wenn nur ihr religiöser und nationaler Haß Befriedigung erhält. Sie verlangen nichts weniger als einen Schutzloß für die polnische Arbeit, damit die polnischen Wirthschafter, befreit von der deutschen Konkurrenz, noch weniger leisten dürfen als jetzt. Und wenn die polnischen Schutzloßnehmer noch konsequent wären in dem Verlangen nach nationaler Absperrung! Indessen haben wir noch nie gehört, daß sie den polnischen Landsleuten verbieten, bei deutschen Kapitalisten oder Geschäftleuten Kredit und für ihre Waaren deutsches Geld zu nehmen. „Non olet“, denken sie.

Im königlichen Seminar für Erzieherinnen fand in den Tagen vom 19. bis 22. d. M. unter Vorsitz des Reg. und Provinzial-Schulraths Dr. Polte die mündliche Maturitäts-Prüfung statt. Von 25 Prüflingen, die sich gemeldet hatten, haben 23 dieselbe bestanden.

Die Henz'sche Kunststreitergesellschaft, welche gestern Abends die letzte Vorstellung gab, ist in der vergangenen Nacht um

2 Uhr mit einem Extrazuge von hier nach Hamburg abgefahren. Der Zug bestand aus 7 Personen- und 4 Güterwagen. Zahlreiche Personen aus Posen gaben der Gesellschaft bis zum Bahnhofe das Geleit. Die ausländischen Thiere und die Requisiten zu den Pantomimen waren schon vor der letzten Vorstellung fortgeschafft worden. In Folge dessen wurde in der gestrigen Vorstellung keine Pantomime gegeben, sondern nur einige bereits bekannte Produktionen von der Gesellschaft wiederholt. Das Haus war beinahe ausverkauft. Am Schluß der Vorstellung wurde Direktor Henz mehrmals vom Publikum herausgerufen.

r. Dem hiesigen Zweigverein der Kaiser-Wilhelms-Stiftung sind von dem Kaufmann Heymann Hirschberg aus Anlaß der goldenen Hochzeit desselben 150 Mark überwiesen worden. Ähnliche Gaben wären dem Vereine sehr erwünscht, da die Mittel desselben fast erschöpft sind.

r. Im Verein für Singvögel- und Geflügelzucht und Vogelzucht, welcher sich im April d. J. hier gebildet hat, hielt Herr Kanarienvogelzüchter Casper aus Breslau vor Kurzem einen eingehenden, längeren Vortrag über Behandlung des Kanarienvogels und zwar während und nach der Heckezeit. Wir entnehmen dem Vortrage Folgendes: Die Züchter sowohl des Geflügels, als der Singvögel müssen stets darauf Bedacht sein, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, um neben der Liebhaberei auch noch pekuniären Vortheil zu erreichen; dies wird nur dann möglich sein, wenn die Rassen rein weiter gezüchtet werden. Die Züchter des Harzes, berühmt in allen Welttheilen, haben vor denen des übrigen Deutschland nichts voraus, man kann hier ebenso feine Schläger züchten, als im Harz; es liegt nur daran, daß man zur Hecke Vögel aus einem reinen Stamme und später gute Vorschläger verwendet, welche möglichst dieselben Gesangsnoten haben, wie die Heckvögel. Auch ist die Liebhaberei nicht so kostspielig, wie allgemein angenommen wird; dieselbe bringt im Gegentheil noch Nutzen und hält manchen Liebhaber von anderen kostspieligeren Vergnügungen ab. — Der Vortrag, auf den näher einzugehen der Raum nicht gestattet, enthalt für Liebhaber und Züchter so viel Neues, daß empfohlen werden kann, denselben nach der stenographischen Aufzeichnung, welche von 2 Mitgliedern des hiesigen Vogelzuchtvereins musterhaft bewirkt worden ist, nachzulesen; derselbe liegt für jeden sich dafür Interessirten im Vereinslokale zur Einsicht aus.

Umänderung von Ortsnamen. Durch allerhöchste Kabinetsordre vom 8. Mai c. sind den nachstehenden im Regierungsbezirk Bromberg belegenen Rittergütern und Gemeinden statt ihrer bisherigen polnischen Namen die nebenverzeichneten deutschen Benennungen beigelegt worden, und zwar: im Kreise G n e n u: Kirchkowen — Weltau, Janowsto — Morgenau; im Kreise S c h u b i n: Substankies — Schubinsdorf, Thuremühle — Thure, Jurcyn — Louisenheim; im Kreise W i r t s i: Woryskowo (Vorwerk) und Rittergut — Waldungen, Woryskowo (Dorf) — Waldungen, Al. Kosciernyn — Al. Koschschin; im Kreise W o n g r o w i z: Rittergut Damaslawek — Eisenau.

Auf dem Oberlesischen Bahnhofe verunglückte am Mittwoch ein Rangier, indem er zwischen die Buffer zweier Waggon gerieth und dabei so bedeutende Verletzungen davontrug, daß er nach dem städtischen Krankenhause gebracht werden mußte, wo er Tags darauf gestorben ist.

Auf dem Posen-Creuzburger Bahnhofe wurden gestern einem Arbeiter beim Ausschichten für das Beamten-Wohnhaus, welches dort errichtet werden soll, die Beine derartig gequetscht, daß er nach dem Diakonissen-Krankenhause gebracht werden mußte.

Wirthschaft. Am 21. d. Mts. drang eine Frau auf der St. Pauli-Kirchstraße in die Wohnung einer anderen dort wohnenden Frau, prügelte dieselbe, angeblich ohne jegliche Veranlassung, brachte ihr einige Wunden bei, riß ihr den Hut vom Kopfe und entfernte sich mit diesem. Die Beschädigte hat den Strafantrag gestellt.

Diebstähle. Am 21. d. M. Abends wurde einem Schuhmachermeister auf der Schroda durch einen Schuhmachergesellen, einen russischen Ueberläufer, die Summe von 120 M., ein kurzer schwarzer Tuchrock, eine dunkelgrüne, schwarze Kortbose und schwarze Weste gestohlen. Verhaftet wurde ein Dachdecker, welcher im Verdachte steht, im Zirkus 6 Rissen gestohlen zu haben, mit denen er von einem Wächter getroffen wurde und die er von einem im Zirkus beschäftigten Schneider erhalten haben will. — Verhaftet wurde ein Schläfer, welcher in dem Verdachte steht, mit anderen Personen gemeinschaftlich den bereits erwähnten Kuddiebstahl in Zelonek verübt zu haben.

g. Obornik. 22. Juni. [Unglücksfall.] Heute ereignete sich in dem 3/4 Meilen von hier entfernten Dorfe Uscitowo ein besagungsweiser Unlücksfall. Bei dem Freischoltzeibesitzer Herrn Krieger ist die Rotkrankheit unter den Pferden ausgebrochen. Um nun den Thatbestand festzustellen und die Pferde zu taxiren, begab sich die gewählte Kommission an Ort und Stelle. Die vorgefundenen Pferde wurden sämmtlich, 16 an der Zahl, taxirt und von diesen 3 als vollständig von der benannten Krankheit befallen, zur sofortigen Tödtung designirt. Der Besitzer übergab diese Thiere dem Vogt des Gutes, um sie zu erschießen, und wurde ihm zum benannten Zweck ein Jüdnadelgewehr ausgehändigt. Bei zwei Pferden ging der Akt gut von Statten, beim dritten aber versagte das Gewehr. Der Vogt wollte nun die Patrone herausziehen. Wahrscheinlich vergaß er jedoch den anderen Lauf durch Inruhestellung unschädlich zu machen. Das Gewehr ging los und traf den das Pferd haltenden Schäfer Jech in den Rücken so unglücklich, daß der Schuß vorn heraus ging. Die Schrotladung durchbohrte den Jech und fand derselbe auf der Stelle seinen Tod. Der Verunglückte war ein pflichtgetreuer Arbeiter und hinterläßt eine junge Wittwe mit einem Kinde.

K. Nawitsch, 21. Juni. [Landwehrverein.] Schulinspektion. Seminarprüfung. Am vergangenen Sonntagabend fand in dem Garten der Sorge'schen Brauerei ein Fest des hiesigen Landwehrvereins statt, bei dem namentlich die dargestellten humoristischen Scenen aus der Zeit der Belagerung von Metz den allgemeinsten Beifall fanden. Leider hatte das plötzlich eingetretene kühlere Wetter den Besuch beeinträchtigt. Die Einnahmen waren zum Besten der hiesigen Kinderbewahranstalt bestimmt. Für die letztere Anstalt gehen trotz der nicht unbedeutenden Erhöhung des Schulgeldes so viele Meldungen ein, daß bereits wiederholt öffentlich bekannt gemacht werden mußte, daß alle Stellen besetzt sind. — Gestern und heute wurde hier eine Inspektion der städtischen und Privatschulen durch den Oberregierungsath von der Groeben abgehalten. Derselbe sprach über die Einrichtungen der hiesigen Mädchenschule, sowie über die Leistungen der Schülerinnen wiederholt seine Befriedigung aus und wohnte auch dem Turnunterricht, dessen Einführung er als besonders erfreulich bezeichnete, längere Zeit bei. Auch von der Schule der hiesigen Strafanstalt, in der die jüngeren Strafgefangenen, die einen mangelhaften Elementarunterricht genossen haben, 11 Stunden wöchentlich in elementaren Gegenständen unterrichtet werden, nahm er eingehend Kenntniß. Außer der Elementarschule besteht noch eine freiwillige Sonntagschule in der Anstalt. Auch erhalten geeignete Straflinge regelmäßigen Gesangsunterricht und der vierstimmige Chor derselben trägt nicht wenig dazu bei, die Feierlichkeit des sonntäglichen Gottesdienstes zu erhöhen. — Zu der in diesen Tagen stattfindenden Abgangsprüfung im Seminare haben sich 19 Seminaristen gemeldet.

×× Bromberg, 22. Juni. [Hauptversammlung des Provinzialvereins der Gustav-Adolf-Stiftung.] Heute tagt in den Mauern unserer Stadt die Hauptversammlung des Provinzialvereins der Gustav-Adolf-Stiftung. Gestern fand in der Aula des königl. Seminars die Begrüßung der Deputirten und Gäste statt, und zwar in einer längeren Ansprache durch den Oberbürgermeister Boie. In derselben wies er den in unserer Stadt herrschenden kirchlichen Geist. Derselbe habe sich u. A. namentlich in der Dpferwilligkeit beim Bau der neuen evangelischen Kirche gezeigt. Kein Mitglied hätte, veranlaßt durch die Baubeiträge, welche es zu zahlen gehabt, auch nur Schritte gethan um aus der Landeskirche auszuschließen, dagegen aber hätten viele Beamte von dem Privilegium der

Steuerfreiheit keinen Gebrauch gemacht und freiwillig sich zur Zahlung der Baubeiträge verpflichtet zu sein. — Herr General-Superintendent D. C r a n z aus Posen dankte in kurzen Worten. Von dort begab sich die Versammlung nach der evangelischen Kirche, zu dem dort stattfindenden vorbereitenden Gottesdienste. Vor dem Altare der mit Blumen und Guirlanden zc. festlich geschmückt war, nahmen die Gäste zc. Platz, unter diesem befand sich auch ein Vertreter des Zentral-Vereins zu Leipzig Prediger v. Crigern, der zugleich Sekretair des Vereins ist, ferner Reg.-Präs. v. Wegnern, Appellationsgerichts-Präsident v. Schrötter zc. Der Gottesdienst wurde mit Gesang eröffnet. Hierauf bestieg Herr Konsistorialrath Reichardt aus Posen die Kanzel und hielt die Predigt über 1. Joh. 5. V. 4-5. „Denn Alles was von Gott geboren ist, überwindet die Welt; und unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwindet hat.“ Er sprach zuerst über die Natur dieses Glaubens, dann über den „Sieg“, der durch denselben errungen wird, wobei er die Wirksamkeit des Gustav-Adolf-Vereins als ein Werk jenes Glaubens darstellte. Den heutigen Hauptgottesdienst eröffnete eine recht gut vorgetragene Motette (23. Psalm: „Der Herr ist mein Hirn“). Den liturgischen Theil des Gottesdienstes hielt Herr Konsistorialrath Taube unter Verlesung des Festevangeliums Psalm 46. V. 1-6. Nach Absingung zweier Verse des lutherischen Chorals: „Eine feste Burg ist unser Gott“ hielt Herr Hofprediger Frommel aus Berlin die Festpredigt über Jesajas 49. V. 8-16. In derselben suchte er den Gustav-Adolf-Verein als barmherzigen Samariter, dann als ein Kind des Friedens und als einen Wächter auf der Warte Zion's darzustellen. — Beim Ausgange aus der Kirche wurde für den Verein an den Kirchthüren eine Kollekte erhoben. — Dem Programme gemäß begannen dann um 12 Uhr die Versammlungen in der Aula des Seminars, bis 2 Uhr sollten dieselben beendet sein und dann ein Diner in Mitz Hotel eingenommen werden. Die Zahl der Theilnehmer betrug bis heute Morgen 45.

Gnesen, 23. Juni. [Jubiläumfeier.] Gestern, am 22. Juni, fand das 60jährige Amts-Jubiläum des Herrn Hofrath von G r o t k o w s k i hier selbst statt, und zwar in möglichst geräuschloser Weise, wie es bei dem sehr hohen Alter des würdigen Jubeljahres von 82 Jahren nicht anders sein konnte. In der Eigenschaft als Kreis-Direktor hat der Jubilar bei dem hiesigen früheren Land- und Stadtgericht, jetzigem Kreisgericht beinahe ein halbes Jahrhundert lang bis auf den heutigen Tag amtiert. Unter allen circa 60 Mitbeamten der hiesigen Gerichtsbehörde sind kaum 2 oder 3 befindlich, deren Lebensalter die Zahl der Dienstjahre des Herrn Jubilars überschreitet und alle werden darin übereinstimmen, daß derselbe mit stets unermüdetem Berufseifer wader am Platze war. Darum haben der Gerichts-Direktor mit den Richtern und Rechtsanwältin, sowie Bureau-, Rassen- und Unterbeamten es sich nicht verlagern können, ihm an dem so wichtigen Tage seines langen Pilgerweges die herzlichste Beglückwünschung persönlich darzubringen. Beiläufig des Jubilars sei hier noch Folgendes mitgetheilt: Nach geschlossener Gymnasialschulbildung fungirte v. Grotkowski seit dem 1. Juni 1816 bis zum Monat März 1817 in der Kalkulator der königl. Regierung zu Posen, demnachst als Oberregistrator, Gerichtsfretär und Kanzeldirektor ununterbrochen bei den gnesener Justizbehörden und nebenbei auch in kommunalen Ehrenämtern seit 40 Jahren theils als Stadtverordneten-Vorsteher, Mitglied des Schulvorstandes, Senior der hiesigen Schützengilde und als Magistratsbeigeordneter. In den Jahren 1854 bis 1856 war derselbe Abgeordneter zum Provinziallandtage in Posen und wurde schon mittelst Allerhöchsten Patents vom 10. Mai 1838 zum königlichen Hofrath (mit dem Range zwischen der 4. und 5. Klasse) ernannt. Im Jahre 1846 wurde der Jubilar mit dem Rothen Adler-Orden 4. Kl., sowie im Jahre 1856 mit dem Kreuz der Ritter des Hohenpollernischen Hausordens 3. Kl. dekoriert. Die städtische Kommunalverwaltung hat deshalb auch gern Veranlassung genommen, ebenfalls eine herzliche Gratulation abzustatten und ihm als Zeichen dankbarer Anerkennung für die der Stadt geleisteten Dienste einen silbernen Pokal zu widmen.

k. Schneidemühl, 22. Juni. [Polizeikommissar. Polizei-Distrikt. Ermäßigte Wohnungspreise.] Unsere städtischen Behörden sind durch die Regierung veranlaßt worden, mit der Anstellung eines Polizeikommissars für den hiesigen Stadtbezirk baldigst vorzugehen. Das Magistratskollegium ist die Anstellung des genannten Beamten mit einem Gehalte von 1800 M. bereits genehmigt haben, und werden demnach die Stadtverordneten darüber beschließen. Diese neue Einrichtung wird wohl jeder von uns mit Freuden begrüßen, denn ein energischer Polizeibeamter thut uns hier sehr noth! — Wie verlautet, soll in unserem Kreise noch ein neuer Polizeidistrikt eingerichtet werden. Verkleinert werden in Folge dessen die Polizeidistrikte Schneidemühl und Chodzelen. Der neue Distriktskommissar wird voraussichtlich in Ujcz wohnen. — Außer vielen Bureaubeamten der kgl. Ostbahn, welche am 1. April in Folge Auflösung des Baubüreaus von hier verest worden sind, werden gegenwärtig eine Anzahl von Lokomotivführern und Heisern von hier nach Landsberg verest. In Folge dieser Verestungen stehen hier gegenwärtig einige wanzig Wohnungen leer, ein Umstand, der sich seit drei Jahren in Schneidemühl noch nicht ereignet hat. Die Preise für Wohnungsmiethe sind deshalb plötzlich herabgesunken. Doch lange werden sich die Miether dieser Preisermäßigung wohl nicht zu erfreuen haben, denn wenn die Eisenbahnkommission ins Leben tritt, werden die Preise ohne Zweifel wieder ebenso schnell steigen.

Briefkasten.

Auf Verlangen unseres Korrespondenten in Punitz, erklären wir hiermit, daß derselbe nicht Verfasser des Artikels ist, welcher in Nr. 394 unserer Zeitung „Aus dem Kreise Kröben“ veröffentlicht steht und daß sich die Entgegnung auf genannten Artikel, die in der Beilage von Nr. 427 aufgenommen ist, nicht auf ihn bezieht.

K. in Wetsche. Wir bedauern, Ihnen darüber keine Auskunft geben zu können.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 23. Juni. Das Abgeordnetenhause überwies den Gesetzentwurf, betreffend die Garantieübernahme für die Berlin-Dresdener Bahn in der ersten Beratung der Budgetkommission. Der Handelsminister und der Finanzminister befürworteten die Vorlage; ersterer wies auf die Gefahr der Fusionirung der Dresdener mit der Anhalter Bahn und die voraussichtliche spätere Rehabilitirung der Bahn hin. Der Finanzminister hob hervor, daß die Gesellschaft den Bahnbetrieb selbstständig nicht fortführen konnte, und den Kauf anbot, welcher dem Staate nicht das geringste finanzielle Opfer auferlege und nur Vortheil schaffe. Der Bahnantauf sei überdies eminent politisch wichtig, da die Bahn in's Herz Sachsens führe. — Das Schreiben des Ministerpräsidenten, betreffend die Ernennung Hofmann's und v. Bilow's zu preussischen Ministern, wurde nach längerer Debatte, wobei Camphausen die Maßregel wiederholt als durchaus korrekt konstitutionell bezeichnete, der Justizkommission überwiesen.

Berlin 23. Juni. Das Herrenhaus erledigte den Rest der Städteordnung fast durchweg nach den Kommissionsanträgen. Der Gesetzentwurf über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst wurde bis auf § 10 (Befähigung zum Landrath) in der Fassung des Abgeordnetenhauses genehmigt, zu § 10 ein Antrag Dernburg angenommen, welcher mit dem im Abgeordnetenhause eingebrachten aber abgelehnten Löwenstein'schen Vermittelungsantrag wörtlich übereinstimmt. (Beilage.)

Ein schon längere Zeit in Bremen ansässiger Kaufmann mit besten Referenzen und ausgebreiteten Bekanntschaften wünscht die Vertretung von Feuer- und Seeverversicherungsgesellschaften, sowie leistungsfähigen Häusern in Consum- oder Stapelartikel zu übernehmen. Gef. Offerten sub B. 1077 befördert die Annoncen-Expedition von E. Schlott in Bremen.

5 Schock Langroggenstroh zu verkaufen. **Born. Schwerfenz.**

Auf dem Gute Pakawie,

eine Meile von der Bahnstation Bronke entlegen, steht am 28. d. Mts., um 9 Uhr früh, Picitationstermin zum Verkauf des sämtlichen lebenden Inventariums an und zwar: gute wollreiche Schafe, Pferde, Fohlen und Rindvieh, worin ein Vollblut-Bulle (Schwyz).

Ein noch nicht einjähriger schwarzer Leonberger Hund (Bastard), stark und groß gewachsen, ist zu verkaufen. **Exped. d. Pos. Btg.**



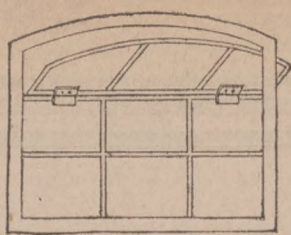
Fertige Damenkleider
in Wolle für 6, 7, 8, 9, 10 bis 30 Thlr.
Percal und Creton-Costüme von 5 Thlr. an,
Morgenkleider
in waschechtem Percal von 2 Thlr. an,
Zichus, Dollmans, Calmas, Jaquettes
werden der vorgerückten Saison wegen zu auffallend billigen Preisen ausverkauft.
Jullas Freund,
Wilhelmsplatz 15.

Wegen Trauer bleibt mein Geschäft bis Mittwoch den 28. d. M. geschlossen.

Louis Levy,
Friedrichstraße vis-à-vis dem neuen Postgebäude.

Avis.
Haarzöpfe, Haar-Scheitel, Haareinlagen, Chignons und Locken verkauft zu bill. Preisen die Haarhandlung von **Louis Sorauer,**
Posen, 71. Markt 71.

Petroleum-Kochapparate
garantirt solide, geruchlos, gefahrlos.
1 Kochloch 1 Flamme 3 Mk. 50 Pf.
2 " " " 7 Mk. 50 Pf.
1 " 2 " " 6 Mk.
2 " 4 " " 11 Mk. 50 Pf.
1 " 3 " " 8 Mk. 50 Pf.
2 " 6 " " 17 Mk.
3 " 7 " " 22 Mk.
Geschirre.
Klein. Mittel. Gross.
Kessel Mk. 1,50 Mk. 2,50 Mk. 4,00.
Casserolle Mk. 1,25 Mk. 2,00 Mk. 2,75.
Pfanne Mk. 1,25 Mk. 2,00 Mk. 2,75.
H. Schönfeldt, Fabrikant, Berlin W., Leipzigerstrasse 134.



Gusseiserne Fenster
für Stall- und Wohngebäude nach jeder Angabe und nach bereits vorrätigen 500 Modellen, wovon Zeichnungen gratis eingesendet werden, sowie **Dachfenster**

empfehlen **S. J. Auerbach,**
Posen,
Inhaber der Auerbach'schen Eisengießerei Drapig bei Kreuz.

Eine gut erhaltene Lokomobile nebst Dreschmaschine von 8 Pferdekraften wird gesucht. Zu erfahren bei **Urbanowski, Romocki & Co,**
Posen.

Bergmann's Salicyl-Seife,
wirksamstes Mittel gegen alle Hautunreinigkeiten, ist ihrer vorzüglichen Milde wegen auch die beste Toilette-Seife. Vorrätig a Stück 50 Pf. bei Apotheker **Eisner.**

Neutles Kindermehl
a Pfunddose M. 1. 60 Pf. in **Eisner's Apotheke.**

Gebirgs-Himbeer-Syrup,
das Liter mit M. 1,50 und 1,75, empfiehlt

Wilhelm Latz,
4. Bronkerstraße 4.

Für Hausfrauen.
Täglich frisch gebutterte, vorzügliche **Butterbutter,**

liefert auf Bestellung täglich frisch ins Haus nach Posen das **Dom. Loden** ein bei **Schwerfenz.**
Hierauf Neutles werden gebeten, ihre Bestellungen nebst den nötigen Angaben an das genannte Gut gelangen zu lassen. Preis der Butter pro Pfd. augenblicklich 1 M. 20 Pf.

Leihbibliothekare,
welche alte Romane auszurangieren wünschen, wollen ihre Adresse einsenden **Breslau, postl. sub 3. 15.**

Zur gefälligen Beachtung.

Die Verlagshandlung M. Driesner, Berlin C., Klosterstrasse 72, empfiehlt:

Vollständiges Tarifbuch für Schlesische Steinkohlen.

Enthaltend: Sämtliche Tarife für Schles. Steinkohlen aller deutschen und österreich-ungarischen, rumänische und russische Kiew-Brest-Eisenbahnen.

Herausgegeben von **A. W. Berger & Co.,**
Waldenburg i. Schl., Steinkohlen-Engros-Geschäft.
Abonnementspreis pro 1876, drei Nummern, Mk. 12. Einzelne Nummern Mk. 5, unter Rückvergütung des Abonnementspreises bei Kohlenbezügen durch die Herausgeber.

Ein für alle am Kohlenhandel interessierten Geschäftsleute (Käufer wie Verkäufer) durch geordnete, übersichtliche Aufstellung der Tarife, nothwendiges Nachschlagebuch.
Die erste Nummer ist bereits erschienen. Prospekte stehen zu Diensten. Bestellungen werden direct oder durch jede Buchhandlung erbeten.

Schützenstr. 21
zum 1. October cr. zu vermieten:
1. Wohnungen von 2—11 Stuben;
2. Pferdebestall und Remise.
1 möbl. Zimmer St. Martin 67, 1. Et. zu verm. für 1 auch 2 Herren.
Schützenstr. 20
Parterre-Wohnung von 4 u. 5 Zimmern vom 1. October c. zu vermieten.

Berliner Flora-Lotterie.

Mit Genehmigung Sr. Excellenz des Herrn Ministers des Innern und unter Aufsicht der Königl. Staats-Regierung, concessionirt für die ganze Monarchie.

Jedes Loos gewinnt.
Ziehung am 1. Juli d. J.

Hauptgewinne im Werthe von je 30,000, 15,000, 10,000, 6000, 5 a 3000, 10 a 1500 Mark.
27315 Gewinne im Werthe von je 6000 bis 3 M.
Die übrigen Loose berechtigen zum einmaligen Eintritt in das „Flora“-Etablissement bis 6 Monat nach der Ziehung.

Die Gewinne bestehen in massiv silbernen Tafel-Service, mit Blumen-Garnirung, completer Equipage, reich geschmückten ganzen Mobiliaren in Renaissance- und gothischem Styl, großen Concertflügeln, Stupflügeln, Harmonium, goldenen Uhren, Gartengeräthen in großem Styl und kleineren dergl., Aquarien, Terrarien, Lederwaaren zc. zc.

Loose a 3 Mark sind in der Exped. d. Posener Zeitung zu haben. Bei Entnahme von 10 Loosen ein Freilos.

Ein gut möblirtes Zimmer nebst Schlafcabinet und Entree ist zu vermieten **Halldorfstraße 16,** in der 2. Etage.

Büttelstraße 11
eine Wohn. im 1. Stock, bestehend aus 3 Zimmern, Küche und Korridor, ist vom 1. October zu verm.

Eine Wohnung von 7 bis 8 Zimmern mit Erker und Balcon ist sofort zu vermieten. Näheres **Bismarckstr. Nr. 6, 1 Tr.**

Schützenstr. 21
großes Kellerlocal (zu einer Restauration geeignet) zu vermieten.
Wilhelmsplatz- und Ritterstraßen-Ecke 12 ist eine Wohnung pr. October zu vermieten.
1 Stube, 2 Fenster, vornheraus, mit Entree, ist sofort zu beziehen. Näheres **Breslauerstr. 61. G. Bartsch.**

Mühlenstraße 24
ist parterre eine Wohnung v. 2 Zimmern u. 2. Etage eine Wohnung v. 4 Zimmern nebst Zubehör zu vermieten.
Gr. Ritterstr. 16 ist im 2. Stock e. Wohnung, bestehend aus 6 Zimmern mit Wasserleitung und ein Pferdebestall vom 1. October ab zu vermieten.

Hinterwallischei Nr. 7
ist sofort eine renovirte Mittelwohnung im 2. Stock zu vermieten.

Markt 8
ist die 2. Etage pr. Okt. zu verm.
Ein in der frequentesten Lage **Gnesens** gelegener **großer Laden**

nebst Wohnung, welcher sich zu jedem Geschäft, namentlich für Schnitt- oder Kurzwaaren, eignet, ist per October oder sof. zu haben durch das Agentur-geschäft **Carl Rosenbergs, Gnesen.**

Ein großer Lagerplatz in der **Badegasse** ist sofort zu vermieten.
Näheres **Graben 14** beim Haushälter.

Zum 1. October d. J. wird eine **Wirthin**

von bewährter Treue gesucht, welche hauptsächlich tüchtig in der Küche, aber auch landwirthschaftlich erf. sein muß, da das Haus eine kleine Molkerei zc. besitzt. Portofreie Meldungen unter Beifügung der Adresse an Frau Landstallmeister **von Roge** im Landgestüt Zirk.

Ich suche zum 15. August c. eine einfache, selbstthätige **Haushälterin,**

die im Kochen, Baden, Fruchteeinlegen firm ist und Wäsche und Nähen gründlich versteht. Zeugnisse und Gehaltsansprüche bis 30. Juni einzusenden. **Konary b. Görden, Kr. Kröben.**
Frau von **Weigel.**

Eine **Fabrik** sucht einen **Verwalter,**

der zugleich **Kassirer** sein soll; eine Kaution von 1500 Thlr. wird verlangt. Näheres unter **A. v. B.** postlagernd Posen.

Eine **Lehrlingsstelle** in einem Colonialwaaren- und Destillations-Geschäfte weiß nach **J. Mondré,**
Posen, Wallischei Nr. 39.

Ein junger Mann aus anständiger Familie, der polnisch spricht und dem es Ernst ist, die Wirthschaft zu erlernen, findet zum 1. Juli d. J. in Strumiany bei Koszryn Aufnahme.

Einen Lehrling
zum sofortigen Antritt verlangt **D. Goldberg.**
Ein mit etwas Schulkenntnissen versehenes anständiges **Mädchen**
wird zur Stütze der Hausfrau und Beaufsichtigung der Kinder gesucht. Näh. unter **Erped. d. Btg.**
Eine deutsche Bonne, mehrere **Stubenmädchen,** Kochmamsells und Köchinnen sucht das Placirungsbureau **Anders-Nietzpsowsta,**
Wasserstraße 22.
Tüchtige Arbeiterinnen
für **Oberhemden, Stragen und Manschetten** sucht bei **hohem Lohn die Wäsche-Fabrik** von **Siegmund Bernstein,**
Friedrichstr. 5.
Eine geübte **Bismacherin** und **Verfäuserin,** der deutschen und polnischen Sprache mächtig, findet sofort gute Stellung bei **Louis Blum, Markt, Puz- und Weißwaaren-Handlung.**
Ein **junger Lehrling**
sucht **G. Bartsch,**
Uhrmacher.
Schneidergesellen,
tüchtige Hofenarbeiter, finden Beschäftigung bei **H. Walter.**
Für mein Material- und Eisenwaaren-Geschäft suche ich einen **Lehrling**
zum sofortigen Antritt.
August Cleemann
in Kraustadt.
Ein junger tüchtiger verheirath. **Wirthschafts-Inspektor,** plötzlich von seinem ultramontanen Chef deshalb vom 1. Juli entlassen, weil er nicht allzumuthig ist sucht Stellung. Näh. unter **W. W.** in der **Exp. d. d. Pos. Btg.**
Ein junger Destillationsgehilfe, der tüchtig im Fache und mit guten Attesten versehen ist, sucht sofort oder zum 1. Juli d. J. Stellung. Gef. Offerten bitte unter **Chiffre P. B.** an die **Exp. d. B.** einzusenden zu wollen.
Für die in der Posener Zeitung Nr. 427 aus dem Kröbener Kreise richtige und wahrhaft gerechte Erwiederung senden den herzlichsten Dank „dem Freund der Wahrheit“ **Zwei wahrheitsliebende Gostynner.**
Einen Thaler Belohnung
Denjenigen, der mir von dem jetzigen Aufenthalt des Schaubuden-Besizers **W. Fleck** die erste Meldung macht. **A. Jawalski,** Postlagernd Postmeister in Jüllichau.
J. O. O. F.
Nächste Zusammenkunft Montag, den 26. cr. Ab. 8^u Wasserstr. 7, 2 Tr.
M 28. VI. 7. A. Ctz. III. □

Interims-Stadt-Theater in Posen.

Als Entgegnung auf verschiedene eingegangene Aufforderungen, das Schauspiel:

Ein Falliment

von Björnion
wieder zur Aufführung zu bringen, theilt die unterzeichnete Direction ergebenst mit, daß die Aufführung wegen bestiger Erkrankung des Herrn Stern bis zur nächsten Woche verschoben werden muß.

Die **Direktion.**
Haack & Romath.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Krenafkirche. Sonntag d. 25. Juni, Vormittags 10 Uhr: Herr Pastor Behn. — Nachmittags 2 Uhr: Herr Superintendent Klette.

Petrifirche. Sonntag d. 25. Juni, früh 10 Uhr, Predigt: Herr Konfist.-Rath Dr. Gobel. — Nachmittags 2 Uhr Christenlehre: Herr Diaconus Witting.

St. Paulikirche. Sonntag der 25. Juni, Vormitt. 9 Uhr, Abendmahlsfeier: Herr Konfistorial-Rath Reichard. — 10 Uhr Predigt: Herr Konfist.-Rath Reichard.

Freitag den 30. Juni, Abends 6 Uhr, Gottesdienst: Herr Pastor Schlecht.

Garafkirche. Sonntag den 25. Juni, Vormittags 10 Uhr: Herr Konfist.-Rath Militär-Oberpfarrer Haendler. — 12 Uhr Sonntagschule.

Ev.-Luth. Gemeinde. Sonntag den 25. Juni, Vorm. 9^u Uhr: Herr Superintendent Kleinwächter. — Nachm. 3 Uhr: Derselbe.

Mittwoch den 28. Juni, Abends 7^u Uhr: Herr Superintendent Kleinwächter.

Zu den Parochien der vorgenannter Kirchen sind in der Zeit vom 16. bis 22. Juni:

getauft: 10 männl., 8 weibl. Pers. gestorb: 6 männl., 9 weibl. Pers. getraut: 8 Paar.

Im Tempel der israelitischen Brüdergemeinde.
Sonabend den 24. Juni, Vormitt. 9^u Uhr: Gottesdienst und Predigt.

Familien-Nachrichten.
Isidor Matthias
Rosalie Matthias, geb. Lewin
Vermählte.
Breslau, den 20. Juni 1876.

Heute früh 2¹/₂ Uhr wurde meine liebe Frau **Faleska,** geb. **Grafmann,** von einem munteren Jungen glücklich entbunden.

Prochnowo, 20. Juni 1876
Haupt,
Hauptmann a. l. s. des Generalstabes.

Heute früh 4 Uhr entschlief sanft nach langen schweren Leiden meine geliebte Frau, unsere theure Mutter, Schwester, Schwieger- und Großmutter

Minna Levy
geb. **Braun**

im noch nicht vollendeten 53. Lebensjahre.
Posen, 23. Juni 1876.

Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonntag den 25. Juni, Vormittag 10 Uhr, vom Trauerhause, Wilhelmsstraße 26, statt.

Verwandten und Freunden die traurige Nachricht, daß es dem Allmächtigen gefallen, unsere älteste Tochter **Eugenie** im noch nicht vollendeten 23. Lebensjahre nach kurzen Krankenlager zu sich zu nehmen.

Um stille Theilnahme bitten die hinterbliebenen Eltern und Geschwister.
Beerdigung findet am Sonntag Nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause, Neuestr. 6, statt.

Rud. u. Hulda Braun,
geb. Ludwig.

Auswärtige Familien-Nachrichten.
Verehelicht: Herr Herm. Bache mit Fr. Margarethe Kreuz in Berlin. Intendantur-Sekretariats-Assistent Armand mit Fr. Marie Werner in Altona-Marktgasplek.

Geboren: Ein Sohn: Dem Hauptmann v. Wenschtern in Stettin, Hr. v. Abt in Berlin, dem Major Scheringer in Breslau, Hr. August Becker in Berlin. — Eine Tochter: Herrn Kreisrichter Kalisch in Heiligen-

stadt. Herrn C. Nagunst in Berlin. Herrn Michael M. Goldsicher in Berlin. Herrn Premier-Beutenant a. D. R. von Unruh in Willendorf. Herrn C. Klotmann in Harnshagen b. Bobitz.

Gestorben. Hauptm. a. D. Gust. Heinrich in Treueubringen. Fr. Erna Scherlin in Wangerin. Hr. Georg Habicht, Hr. Otto Kuch, Hr. Franz Giese, Frau Prem. Lt. Anna Klein, geb. Schmidt-Siewert in Berlin. Hr. Georg Borchard Sohn Max in Erkner. Fr. Carol Friedländer in Königsberg. Verm. Frau Staatsminister Charlotte v. Duesberg geb. Duesberg in Münster. Dr. med. Zul. Bruchhausen in Cidol. Oberamtsrichter a. D. Friedr. Freiherr von Balthausen in Gohlis bei Leipzig. Gutsh. Christian Soehns in Amersdorf. Frau Hauptmann Fanny Cusproffine Koerbausz geb. Schulz in Tilsit. Frau Domänen-Pächter Anna Scholz geb. Beck in Trachhammer.

Interims-Theater (Königsstraße 18).

Sonnabend den 24. Juni:
Zu ermäßigten Preisen.
Auf Verlangen:
Luftschiffer.
Poffe mit Gesang in 3 Akten (5 Bildern) von Mannstädt.

Sonntag den 25. Juni:
Zum 1. Male:
Neu! Neu!
Der geschundene Raubritter,
oder:
Wenn auch der Bosheit Schlangentüde Die Unschuld oft erzittern macht, Doch es lebt noch ein Gott und eine Vorlesung wacht!

Großes Ritter-, Schau- und Trauerspiel mit Gesang, Musik und abwechselnden Szenen, mit Todtschlag, Mord und Geisteranz, in einem Pro- und einem Epilog, zwei Aufwickelungen, einem Nachspiel und einem Geisteranz von Runo Ritter von Gohnstien. Musik von Kurt Ritter v. Trampedach. Der am Schluß des Stückes vorkommende Tanz ist arrangirt von dem Geiste der verstorbenen Gemahlin Ritter Runo's von Schredenstein, Brunhilde benamfet.

Passe-Partouts und Freiballet sind zu dem Stück „Der geschundene Raubritter“, ausgenommen die Herren Vertreter der Presse, ungültig.
Billets zu nummerirten Sitzplätzen sind schon heut bei Fr. C. Bardsfeld zu haben.
Carl Schaefer.

Interims-Stadt-Theater in Posen.

Sonnabend den 24. Juni 1876:
Zum 5. Male:
Schöndröchen.
(la jolie par fumouse.)
Komische Operette in 3 Akten von J. Offenbach.

Sonntag den 25. Juni 1876:
(Neu!)
Die schöne Helena.
Komische Operette in 3 Akten von J. Offenbach.

Die **Direktion.**

Lambert's Garten.

Sonnabend den 24. Juni:
Grosses Concert.
Anfang 6 Uhr. — Entrée 15 Pf.

Sonntag den 25. Juni:
Militair-Concert.
Anfang 5 Uhr. — Entrée 15 Pf.
Stolzmann.

Schmidt's Affen- und Hunde-Theater

St. Martinstr., neben Hotel zum Deutschen Hause.
Sonnabend den 24. Juni:

Große **Extra-Kinder-Vorstellung.**
Anfang 4 Uhr.
Preise der Plätze für Kinder: Sperrpl. 40 Pf., 1. Pl. 30 Pf., 2. Pl. 20 Pf.

Bei dieser **Extra-Vorstellung** können auch Erwachsene zu den gewöbnl. Entrées Theil nehmen.

Abends **große Gala-Vorstellung.**
Anfang 7¹/₂ Uhr.

Sonntag den 25. Juni die **2 letzten Vorstellungen.** Anfang 4 und 7¹/₂ Uhr.